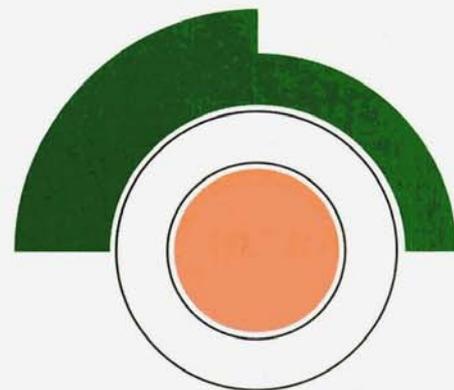


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 4



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 27. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 5. 3. 1996

## WORT UND WIDERWORT

### Hat die sechsjährige Grundschule keine Chance mehr?

Wenn sich die negativen Rahmenbedingungen wie steigende Schülerzahlen und größerer Raumbedarf etwa durch den Rückgang der Schülerzahlen im Grundschulbereich ab dem Jahr 2000 positiv veränderten, sollte unter pädagogischen Gesichtspunkten über die Einführung der sechsjährigen Grundschule entschieden werden. Dann seien die Chancen wesentlich günstiger. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Manfred Degen**. Der CDU-Abgeordnete **Norbert Giltjes** unterstreicht, die Forderung nach sechsjähriger Grundschulzeit sei zu einem Zeitpunkt weit von der Wirklichkeit entfernt, wo die Zahl der Grundschüler jährlich um etwa 35 000 wachse. Die Schulträger müßten teure Schulbauten zum Teil ohne Landesfinanzierung an den Grundschulen erstellen. Gleichzeitig entstünden an den weiterführenden Schulen erhebliche Leerstände. Die Grüne-Abgeordnete **Brigitte Schumann** bezeichnete die sechsjährige Grundschule als eine große pädagogische Verbesserung gegenüber der jetzigen Praxis der frühzeitigen sozialen Auslese im gegliederten Schulsystem. Man werde politisch alle Anstrengungen unternehmen, ihr noch in dieser Legislaturperiode eine Chance zu geben. Nicht per flächendeckender Einführung, aber als Schulversuch bei den Schulträgern, die dies wollten und könnten. (Seite 2)

## Kein bedenkenloser Zugriff auf „Tafelsilber“

### Widersprüche beim Aktienverkauf

Der Regierungspräsident Köln vertrete zu Recht die Ansicht, daß mit kommunalen Vermögensbeständen sorgsam umgegangen werden müsse. Keineswegs könne daher im bedenkenlosen Zugriff auf das „Tafelsilber“ ein akzeptabler Ersatz für notwendige Sparmaßnahmen gesehen werden.

Darauf verweist Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Wilfried Bergerhoff (SPD) und Dr. Hans Horn (CDU), die sich auf den Verkauf von RWE-Aktien des Oberbergischen Kreises berufen hatten. Sie warfen dem Regierungspräsidenten Köln als Aufsichtsbehörde widersprüchliches Verhalten vor. Er habe die Veräußerung des Aktienbestandes zur Voraussetzung der Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes gemacht. Das Erstaunen sei groß gewesen, als er dann erklärt habe, eben dies sei unklug, weil man sein „Tafelsilber“ nur einmal verkaufen könne.

Kniola weist darauf hin, der ohnehin beabsichtigte Aktienerlös trage im Oberbergischen Kreis zur dauerhaften Konsolidierung bei und schaffe Voraussetzungen für unab-

weisbare Investitionen. Die Bemerkungen des Regierungspräsidenten seien als allgemeine Mahnung zu verstehen, sich der schwierigen Sanierungsaufgabe zu stellen (Drs. 12/648).

## Die Woche im Landtag

### Zuständigkeit

Bei Projekten im Ausland und Flüchtlingshilfe stellte sich im Hauptausschuß die Frage nach der Zuständigkeit. (Seite 3)

### Landesorchester

Der Kulturausschuß hat beschlossen, mit einer zusätzlichen Finanzspritze den Bestand der Landesorchester zu sichern. (Seite 4)

### Finanzausgleich

Einige Empfehlungen der IFO-Gutachter zum kommunalen Finanzausgleich werden im Haushaltsjahr 1996 umgesetzt. (Seite 6)

### Gefangenensport

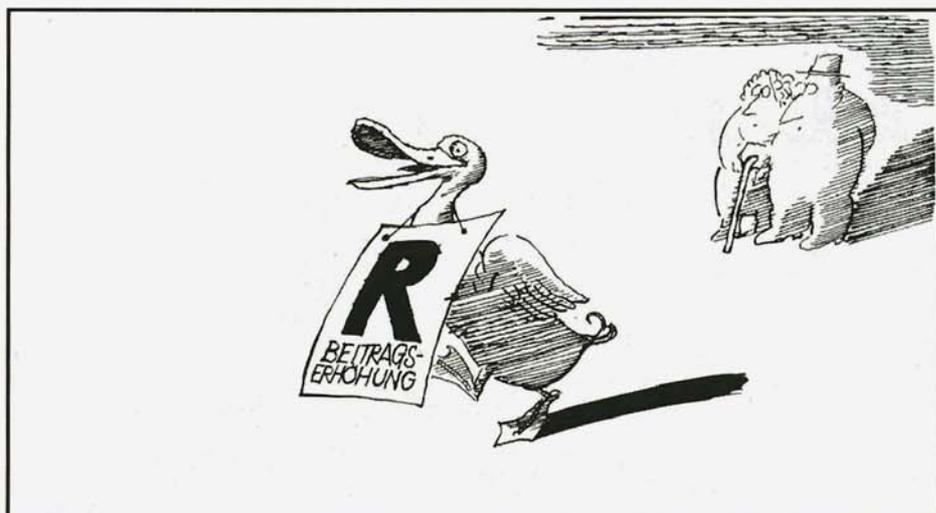
Mit den sportlichen Angeboten in den Justizvollzugsanstalten hat sich der Sportausschuß befaßt. (Seite 9)

### Nachtsprung

Um Nachtsprung und Nachtflugbeschränkungen ging es bei einer Anhörung des Verkehrsausschusses. (Seite 13)

### Nahverkehr

Die Deutsche Bahn AG will den Personennahverkehr durch Modernisierung und attraktivere Angebote sichern. (Seite 20)



Ente?

Zeichnung: R. Candea (Rheinische Post)

## WORT UND WIDERWORT

# Kaum Schulraum für zusätzliche Grundschuljahrgänge

Von  
Manfred Degen

Keine Empfehlung der Bildungskommission hat bei Erscheinen der Denkschrift so die Schlagzeilen beherrscht, wie der Vorschlag, den Bildungsgang der Grundschule stufenweise auf eine sechsjährige Dauer gemeinsamen Lernens aller Kinder zu erweitern. Während unter anderem die GEW und der VBE diese Empfehlung unterstützten, lehnten der Philologenverband und in seinem Gefolge die NRW-CDU diese Empfehlung der Rau-Kommission rigoros ab.

Die SPD-Landtagsfraktion faßte bei ihrer Klausurtagung am 23./24. Oktober 1995 zu diesem Punkt der Denkschrift folgenden Beschluß: „Viele Leitvorstellungen und Empfehlungen weisen weit in die Zukunft. Dies betrifft auch den Vorschlag zur Einführung einer sechsjährigen Grundschule. Mögliche pädagogische Vorteile müssen an organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen gemessen werden. Jede Veränderung in unserem Schulaufbau hat gravierenden Einfluß auf das Gesamtsystem. Aus all diesen Gründen sieht die SPD-Landtagsfraktion für absehbare Zeit in dieser Frage keine gesicherte Basis für eine Entscheidung. „Das Eintreten der SPD für die Gesamtschule, als gemeinsame Schule für alle Kinder, zeigt, daß die SPD mit einer längeren gemeinsamen Grundschule und damit auch einer späteren Übergangentscheidung für die Schulen der Sekundarstufe I sehr gut leben könnte. Ausschlaggebend für einen Aufschub der Ent-

### SPD: Keine gesicherte Basis für eine Entscheidung

scheidung waren nicht pädagogische Überlegungen, sondern die Berücksichtigung der derzeitigen organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen. Derzeit haben die Grundschulen in unserem Lande steigende Schülerzahlen zu bewältigen. Nur wenige Kommunen verfügen über den Schulraum, der für zwei zusätzliche Grundschuljahrgänge erforderlich wäre. Die Ausweitung des Betreuungsangebotes in der Grundschule durch die „Verlässliche Halbtagschule“ vergrößert den Raumbedarf. Finanziell sind die Kommunen bei der Schaffung von Kindergartenplätzen zur Erfüllung des vom Bund beschlossenen Rechtsanspruchs stark gefordert.

Wenn sich diese negativen Rahmenbedingungen etwa durch den Rückgang der Schülerzahlen im Grundschulbereich ab dem Jahr 2000 positiv verändern, sollte unter pädagogischen Gesichtspunkten über die Einführung der sechsjährigen Grundschule entschieden werden. Ich bin überzeugt, daß dann die Chancen für die sechsjährige Grundschule wesentlich günstiger sind.

Vielleicht hilft dann auch ein Blick nach Berlin und Brandenburg und auf unsere europäischen Nachbarn bei der Entscheidung. Im internationalen Vergleich gehört Deutschland zu den wenigen Ländern mit einer nur vierjährigen Primarstufe. Allerdings muß auch die Organisationsform der Sekundarstufe I, die dann um zwei Jahre gekürzt wird, auf den Prüfstand. Denn auch mit seinem gegliederten Schulangebot in diesem Bereich fällt Deutschland aus dem europäischen Rahmen.

Von  
Norbert Giltjes

Die Frage nach der Chance der sechsjährigen Grundschule wundert mich. Anscheinend hat der grüne Koalitionspartner noch nicht die eindeutige Aussage der Ministerin verkraftet, die diese u. a. im Schulausschuß auf Anfrage der CDU gegeben hat, nämlich daß die Einführung der sechsjährigen Grundschule in dieser Wahlperiode nicht möglich ist. In der bisherigen Diskussion über eine Einführung der sechsjährigen Grundschule waren maßgebliche Argumente das Zurückstehen Nordrhein-Westfalens hinsichtlich seiner vierjährigen Grundschulzeit im internationalen Vergleich sowie die Stärkung der Erziehungs- und Sozialfunktion der Grundschule. Ich kann mich diesen Überlegungen nicht anschließen. Abgesehen davon, daß die Bildungsstrukturen anderer Länder nicht ohne weiteres übertragbar sind, hat die Grundschule in Nordrhein-Westfalen bisher hervorragende Arbeit geleistet und in vier Jahren Schulzeit ihren Anspruch als Schule grundlegender Bildung voll bestä-

### CDU: Forderung weit von Wirklichkeit entfernt

tigt. Wenn nunmehr der sechsjährigen Grundschule eine Chance eingeräumt werden soll, so erleben wir damit eine Neuauflage der bildungspolitischen Diskussion der ausgehenden 60er Jahre, die aber nichts mit der heutigen Wirklichkeit zu tun hat.

Immerhin war es die Auffassung des ehemaligen Kultusministers Hans Schwier, daß die Entscheidungen, die am Ende der Grundschulzeit über die weitere Schullaufbahn getroffen werden, zu weit über 90 Prozent richtig sind. Außerdem besteht die Möglichkeit, während der Schuljahre 5 und 6 zwischen allen weiterführenden Schulen zu wechseln, so daß für die wenigen Prozent unklarer Fälle ausreichend Entscheidungsspielraum besteht. Außerdem ist die Forderung zu einem Zeitpunkt weit von der Wirklichkeit entfernt, wo die Zahl der Grundschüler jährlich um etwa 35 000 wächst. Die Schulträger müßten teure Schulanbauten zum Teil ohne Landesfinanzierung an den Grundschulen erstellen. Gleichzeitig entstünden an den weiterführenden Schulen erhebliche Leerstände.

Von  
Brigitte Schumann

Wer die Kinder im Sinne einer solidarischen Werteerziehung stärken will, muß die sechsjährige Grundschule bejahen. Wir wissen uns von der Bildungskommission beim Ministerpräsidenten darin unterstützt. Die sechsjährige Grundschule ist eine große pädagogische Verbesserung gegenüber der jetzigen Praxis der frühzeitigen sozialen Auslese in unserem gegliederten Schulsystem. Wir werden politisch alle Anstrengungen unternehmen, ihr noch in dieser Legislaturperiode eine Chance zu geben. Nicht per flächendeckender Einführung, aber als Schulversuch bei den Schulträgern, die dies wollen und können, und als Vorlauf für die notwendigen gesetzlichen Vorbereitungen für eine geordnete Umstellung nach dem Jahr 2000, wenn die Schülerinnen- und Schülerzahlen im Grundschulbereich wieder deutlich absinken.

Den Skeptikerinnen und Skeptikern, die nicht wissen, was denn mit den „Resten“ der gegliederten Schulformen in der Sekundarstufe I werden soll, halten wir entgegen: Die sechsjährige Grundschule und die möglichst vollständige Verbundschule sind planerisch und pädagogisch kompatibel. Die Raumüberhänge, die nach dem Schülerberg durch die Kürzung um zwei Jahrgänge in der Sekundarstufe I entste-

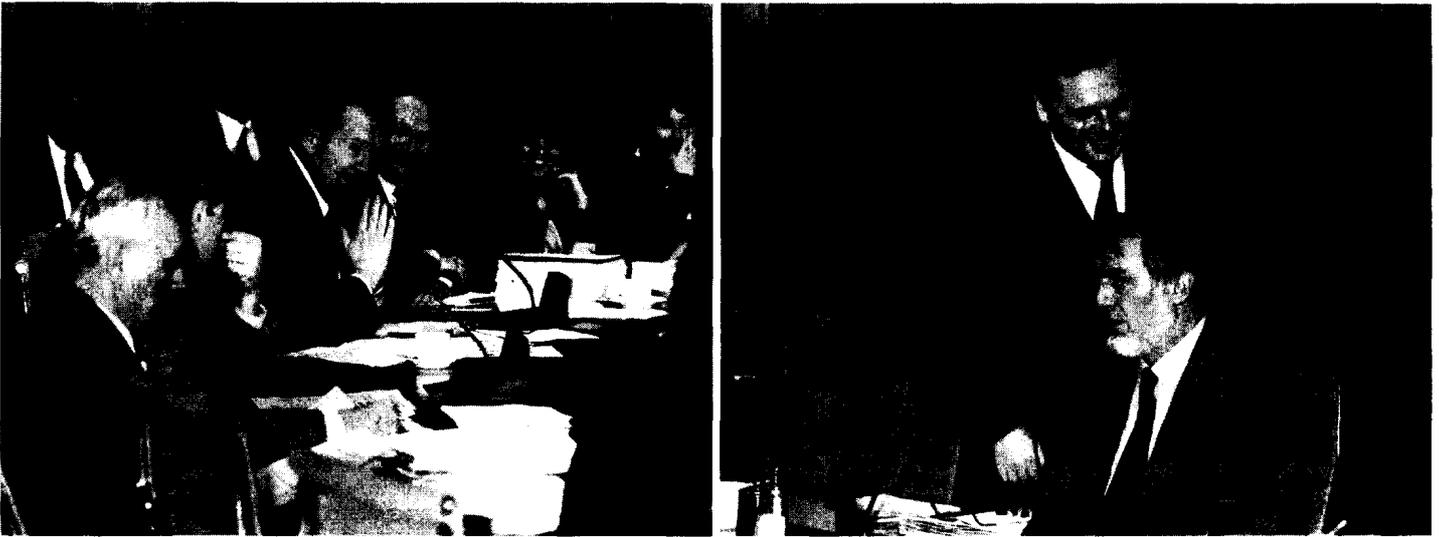
### GRÜNE: Umstellung nach dem Jahr 2000

hen, lassen sich sinnvoll für die Zusammenführung der Bildungsgänge der Hauptschule, der Realschule und des Gymnasiums unter einer Schulleitung und mit einem Kollegium nutzen.

Die pädagogischen Vorzüge liegen unbestritten darin, daß die vollständige Verbundschule nach der Grundschule alle Kinder im Stadtteil aufnehmen kann und daß keinem Kind beim Wechsel eines Bildungsganges ein Schulwechsel zugemutet wird. Während die äußeren Trennungen fallen, verbleiben aber durch die Ausweisung von drei Bildungsgängen nach innen die Trennungen, die die integrierte Gesamtschule schon zum Wohle der Schülerinnen und Schüler „geknackt“ hat. Deshalb ist die Verbundschule auch nur die zweitbeste Lösung.

Für die integrierte Gesamtschule als affines System sollte gelten, daß sie die Klassen 5 und 6 der Grundschule als schulfördergreifende Orientierungsstufe bei sich führen kann und damit den Eltern entgegenkommt, die schon frühzeitig wissen, daß ihr Kind an einer Gesamtschule unterrichtet werden soll.

Daß bei steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen in den Grundschulen bis zum Gipfelpunkt im Jahr 2000 kein Schulträger die sechsjährige einführen kann, ist schlicht falsch. Der Städtetag sagt das auch!



Zehnte Sitzung des Hauptausschusses: Im rechten Bild v. r. Vorsitzender Klaus Matthiesen (SPD) und Landtagspräsident Ulrich Schmidt. Im linken Bild die CDU-Fraktion mit ihren Abgeordneten v. l. Dr. Hans Ulrich Klose, Heinz Paus, Lothar Hegemann, Heinz Hardt und Ruth Hieronymi. Fotos: Schälte

## Hauptausschuß schloß Haushaltsberatungen ab – Dammeyers Bericht aus Bonn

# Bei Projekten im Ausland und Flüchtlingshilfe stellte sich die Frage nach der Zuständigkeit

Der Hauptausschuß des Landtags, hat unter der Leitung seines Vorsitzenden Klaus Matthiesen (SPD) die Haushaltsberatungen abgeschlossen. Mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Opposition gab der Ausschuß für den Einzelplan des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei sowie den Einzelplan des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und den Kapiteln „Landeszentrale für politische Bildung“ aus dem Einzelplan des Ministeriums für Schule und Weiterbildung sowie „Medien“ aus dem Einzelplan des Wirtschaftsministeriums grünes Licht. Ebenfalls mit Koalitionsmehrheit gegen die Stimmen der CDU bei einer Enthaltung wurde der Etat des Landtags gebilligt.

Zur Abschlußberatung hatten die Fraktionen noch einmal Anträge gestellt. So wandte sich die CDU u. a. dagegen, durch die Schaffung einer zusätzlichen Stelle für den stellvertretenden Regierungssprecher den Personalapparat der Staatskanzlei weiter aufzublähen. Auch sollten die Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung um 300 000 Mark auf rund 3,3 Millionen Mark gesenkt werden. Die CDU kam damit wie mit ihren anderen Anträgen nicht durch. Beim Thema Zuschüsse für Projekte im Ausland wollte der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Lothar Hegemann wissen, um welche Projekte „auf der ganzen Welt“ es sich handele. Gleichzeitig betonte er, man sei als Land dafür nicht zuständig. Der GRÜNE-Fraktionssprecher Roland Appel wies dagegen anhand eines Beispiels auf Erfolge hin. So habe ein Projekt zur Unterstützung der Kurden im Nordirak zur Entspannung der Situation beigetragen. Um die Situation von Flüchtlingen zu verbessern, hatte die CDU dagegen eine Erhöhung um 1,45 auf 5,6 Millionen Mark gefordert. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi sah in der Unterstüt-

zung von Projekten des Wiederaufbaus im ehemaligen Jugoslawien eine „wirkliche Aufgabe“. Grüne-Sprecher Appel meinte dagegen, es gebe hier keine Basis, den Bund zu entlasten. Auf die Zuständigkeit des Bundes und der EU wies auch der Chef der Staatskanzlei, Rüdiger Frohn, hin, der im übrigen verdeutlichte, daß die Länder durch die Unterbringung der Flüchtlinge mit 14 Milliarden Mark bereits den größten Anteil getragen hätten.

Die Ausgaben für das Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen wollte die Opposition um drei Millionen Mark gekürzt sehen. Dagegen verwahrte sich der SPD-Abgeordnete Jan Marc Eumann. Er meinte, der Antrag könne sehr verwundern, da die Wissenschaft für NRW an Bedeutung gewinnen werde. Lothar Hegemann hielt dagegen, man wolle nicht den Wissenschaftsstandort schwächen, sondern die Wissenschaft dahin bringen, wo sie hingehöre: an die Universitäten.

Beim Thema Medien beantragte die Union, den Haushaltsansatz „Stärkung der Medienkompetenz“ mit einem Sperrvermerk zu versehen. Da sollte erst der für Medien zuständige Wirtschaftsminister ein Konzept vorlegen. Ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums hatte zuvor zur Begründung darauf hingewiesen, daß es auf dem Mediensektor einen Engpaßfaktor Qualifikation gebe. Eine Vielzahl von Nachfragen nach qualifizierten Kräften im Lande könne nicht befriedigt werden. Für die Aus- und Weiterbildung in Medienberufen müsse etwas getan werden. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU, Heinz Hardt, räumte dazu in einem Nebensatz ein: „Im Grunde ist das richtig“.

Beim Einzelplan des Landtags meldete die CDU Widerstand an. Kernpunkt des Dissenses waren offensichtlich Meinungsunterschiede über die Handhabung des KPMG-Gutachtens zur Organisationsuntersuchung der Landtagsverwaltung. Heinz Hardt betonte, man wolle die Zielprojektionen wis-

sen. Lothar Hegemann deutete an, daß ein großer Teil der Koalition das Gutachten nicht wolle. Er meinte, wenn man ein Gutachten in Auftrag gebe und nicht die Absicht habe, es umzusetzen, sei das Betrug am Steuerzahler.

Von Koalitionsseite wurde entschieden widersprochen. Die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Birgit Fischer, verwies darauf, alle Fraktionen seien sich einig gewesen, daß das Gutachten erst im Haushalt 1997 eine Rolle spielen solle. Roland Appel sagte, es liege an den Fraktionen, ein gemeinsames Konzept zu entwickeln.

Landtagspräsident Ulrich Schmidt zeigte sich sehr enttäuscht, daß sich die CDU zu einem frühen Zeitpunkt aus der Diskussion ausklinken wolle. Er erinnerte daran, daß er bei der letzten Hauptausschußsitzung versucht habe, die drei Schrittfolgen zu erklären. Er machte ferner noch einmal auf die 84 Anmerkungen aufmerksam, zu denen man Vorgaben auf den Tisch legen müsse. Der Präsident hielt der Opposition vor: „Sie waren nicht gegen die Ziellinie, die ich vorgeschlagen habe“.

Zur Situation im Bundesrat äußerte sich der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD). Er berichtete u. a., daß sich inzwischen im Vermittlungsausschuß, der sich aus je 16 Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates zusammensetzt, rechnerisch eine Mehrheit für die Opposition und die A-Länder ergebe. Somit könnten die Vertreter von CDU/CSU und FDP grundsätzlich überstimmt werden. Allerdings erwachse daraus noch keine unmittelbare Gestaltungsmöglichkeit, wie das Beispiel BAföG gezeigt habe. Es stehe der Bundestagsmehrheit frei, den Vorschlag des Vermittlungsausschusses zu verwerfen und damit den ursprünglichen Gesetzesbeschluß zu bestätigen. Dies erhöhe für den Vermittlungsausschuß den Zwang zum Konsens.

## CDU will Signalwirkung des Landes bei Förderung des Bibliothekswesens

### Fortbestand der Landesorchester durch höheren Zuschuß vorerst gesichert

Die CDU-Fraktion will die für die regionale Kulturförderung im Landesetat 1996 vorgesehenen 13 Millionen Mark zur Deckung ihrer acht Millionen umfassenden Änderungsanträge zum Kulturhaushalt heranziehen. Grund: Unter diesem Begriff könne sich „niemand etwas vorstellen“. Die SPD wiederum nannte es einzigartig, daß die Opposition nichts dagegen habe, die ohnehin schon unter der Finanznot leidenden Ausgaben für Kultur um fünf Millionen zu kürzen. Mit Austausch dieser grundsätzlichen Positionen schloß der Kulturausschuß unter dem Vorsitz von Leonhard Kuckart (CDU) Ende Februar die Haushaltsberatungen.

In öffentlicher Sitzung ging es zuvor um die abschließende Beratung und Abstimmung über zwei von der CDU vorgelegten Anträge: „Zukunftssicherung der Nordwestdeutschen Philharmonie“ (Drs. 12/282) und „Bibliothekswesen in NRW vor dem Aus – Landesregierung sieht tatenlos zu“ (Drs. 12/436). Beide Anträge wurden nach der Debatte gegen das Votum der antragstellenden Fraktion von SPD und Grünen abgelehnt. Kulturministerin Ilse Brusi (SPD) wiederholte ihre Auffassung, es hätte beider Anträge nicht bedurft, um die Landesregierung tätig werden zu lassen. Der Sprecher der CDU, Richard Blömer, wiederum wertete es als positiv, daß es seiner Fraktion gelungen sei, mit beiden Anträgen Bewegung in die Sache zu bringen. Sein Fraktionskollege Dr. Hans Horn ergänzte: Es komme darauf an, den Kommunen in schwieriger Situation durch ein Signal des Landes Mut zu machen, ihre kulturellen Aufgaben zu erfüllen. Es gehe nicht darum, daß das Land kommunale Aufgaben übernehme, wie dies zuvor Sprecher der Koalition abgelehnt hatten, sondern „um ergänzende, Mut machende Maßnahmen“. Dieser Auffassung pflichtete die Kulturministerin bei, indem sie ergänzte, daß es Intention von Landesregierung sei, die Entwicklung in beiden Bereichen dauerhaft abzusichern.

In ihrem Antrag zur Nordwestdeutschen Philharmonie schlägt die CDU vor, zu einem dauerhaften und festen Landesbeitrag zu kommen, der über eine reine Anschubfinanzierung hinausgeht, um das kulturelle Angebot in bestimmten Regionen des Landes aufrechtzuerhalten. Manfred Böcker (SPD) sah im laufenden Jahr die Gefahr gebarnt, weil man in den Haushaltsberatungen die Absicht verfolgte, bei den drei Landesorchestern „draufzusatteln“. Im übrigen gehe es nicht nur um ein Orchester, sondern um die Zukunftssicherung aller drei Landesorchester, die mit einem langfristigen Konzept zu erfolgen habe. Der Landesregierung liege inzwischen ein Antrag auf Fusion des Westfälischen Sinfonieorchesters mit dem Orchester des Musiktheaters im Revier in Gelsenkirchen vor, teilte Böcker mit und ließ dabei offen, ob mit Fusionen oder Kooperationen die Zukunft zu sichern sei.

Brigitte Herrmann (GRÜNE) sah es als nicht ausreichend an, ein Orchester herauszugreifen, wo doch alle drei Orchester mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen hätten. Sie wertete es als positiv, daß die drei Klangkörper vorläufig gesichert würden; eine endgültige Sicherung hänge von Konzepten mit Planungssicherheit für alle drei Orchester ab. Ausschußvorsitzender Leonhard Kuckart (CDU) äußerte große Bedenken, ein Landesorchester mit einem kommunalen Orchester kooperieren zu lassen, beide hätten ganz andere Aufgaben: „Eines davon wird untergehen, das Landesorchester oder das kommunale – das kann nicht Ziel des Ausschusses sein.“

Für die Landesregierung wiederholte Ministerin Brusi die Auffassung, es sollten die Landesorchester mit ihrem hochwertigen Angebot abgesichert werden; aber das sei nur durch neue Formen der Kooperation oder Fusion der bestehenden Orchester zu gewährleisten. Über Bedenken sollte erst gesprochen werden, wenn die Projekte auf dem Tisch lägen, fand sie und kündigte an, über

die Ergebnisse der Prüfung des Fusionsantrags aus dem nördlichen Revier werde sie dem Ausschuß zu gegebener Zeit berichten. „Alle haben erkannt, daß man mit den bisherigen Strukturen nicht weiterkommt“, fuhr die Ministerin fort. Sie erwarte im Laufe dieses Jahres die Ergebnisse dieser Überlegungen, umriß sie den zeitlichen Rahmen. Für die grüne Fraktion fügte Brigitte Herrmann an, den Grünen komme es darauf an, den Orchestern Konzepte „nicht von oben aufzudrücken“, sondern zusammen mit den Betroffenen nachzudenken.

„Wir begrüßen die Absicht, daß mehr Geld in das Bibliothekswesen im Lande gegeben werden soll“, erklärte Richard Blömer (CDU) in der Beratung zum zweiten Tagesordnungspunkt. Auch wenn das Land nicht zuständig sei, müsse es doch durch Zuschüsse subsidiär mitwirken, meinte er und verlangte, daß den Kommunen durch das Beispiel des Landes deutlich gemacht werden müsse, daß die Bibliotheken nicht vergessen werden dürften. Jarka Pazdziora-Merk (SPD) schränkte ein, auch wenn man wie ihre Fraktion das Interesse der Bibliotheken weiter im Auge habe, so dürfe man doch nicht in die kommunale Förderung einsteigen. Für die grüne Fraktion sprach Jens Petring dem CDU-Antrag die Ernsthaftigkeit ab: Wo in den Kommunen die CDU die Mehrheit habe, sei die Lage der Bibliotheken nicht besser als anderswo. Diesen Hinweis kontierte die CDU-Abgeordnete Dr. Renate Düttmann-Braun mit der Bemerkung, daß ein Blick nach Münster, wo in der Zeit der CDU-Mehrheit ein Neubau der Stadtbücherei ohne Landeszuschüsse erfolgt sei, zeige, wie die CDU vor Ort sich um die Bibliotheken gekümmert habe.

### Signalwirkung

„Ich verstehe den Antrag nicht“, stellte Manfred Böcker (SPD) klar, es sei die CDU gewesen, die bei der Diskussion um die staatlichen Büchereistellen für eine Reduzierung der Personalstellen eingetreten sei. Aber gerade diese Stellen sicherten Standard und Strukturen und leisteten gute Dienste bei der Erschließung der neuen Medien. Dieses Argument treffe die Problematik nicht, entgegnete Richard Blömer (CDU); es gehe um die Signalwirkung durch Erhöhung der Zuschüsse des Landes. Mit Blick auf die regionale Kulturförderung meinte er, es komme darauf an, die kulturelle Infrastruktur zu erhalten und nicht um die Erschließung neuer Aufgabengebiete, die keiner beschreiben könne.

In der folgenden Beratung wurden die Änderungsvorschläge der CDU-Fraktion zum Kulturhaushalt des Landes abgelehnt. SPD und Grüne setzten sich bei der Abstimmung mit ihrem Antrag durch, für die Landesorchester eine Erhöhung des Ansatzes um 1,55 Millionen vorzuschlagen; zur Förderung der Laienmusik sollen zusätzlich 300 000 Mark vorgesehen werden. Im Bibliotheksbereich verständigten sich die Koalitionsfraktionen darauf, eine Ermächtigung in Höhe von zusätzlich 200 000 Mark für das Bibliothekswesen vorzusehen, wenn diese Summe durch Einsparungen bei der regionalen Kulturförderung aufgebracht werden könne.



Kurze Lagebesprechung vor Beginn der Sitzung des Kulturausschusses (v.l.): Manfred Böcker (SPD), Ausschußvorsitzender Leonhard Kuckart und Richard Blömer (beide CDU). Foto: Schälte

Finanzminister Heinz Schleußer erklärte sich mit dem von CDU-Sprecher Helmut Diegel vorgeschlagenen Verzicht auf vertrauliche Behandlung der Bürgschaftsangelegenheit der Bremer-Vulkan-Tochter Dörries-Scharmann (Mönchengladbach) aufgrund der bereits veröffentlichten Einzelheiten einverstanden. Die am 13. Dezember 1995 vom HFA erbetene Zustimmung zu einer Landesbürgschaft in Höhe von 25 Millionen Mark für die Vulkan-Tochter, erläuterte Schleußer, sei notwendig gewesen, um den unmittelbar bevorstehenden Konkurs abzuwenden. Die mit der Bürgschaft verbundenen Bedingungen seien bis zum 28. Februar 1996 nicht erfüllt gewesen, so daß er die Urkunde nicht übergeben habe. Nach dem Vergleichsantrag der Firma habe er die Bürgschaftszusage zurückgezogen. Das Wirtschafts- und das Finanzministerium hätten sich bereit erklärt, die Vergleichsverhandlungen zu begleiten. Diese würden mindestens eineinhalb bis zwei Monate dauern. Nur bei klarer Geschäftsgrundlage könne eine neue Bürgschaftszusage geprüft werden. Helmut Diegel (CDU) erinnerte an das Unbehagen, das im Ausschuß bereits im Dezember verbreitet gewesen sei. Der Druck sei von den Banken ausgegangen und habe allen Politikern gegolten. Diese sollten gemeinsam sehr aufpassen, daß sich so etwas nicht wiederhole. Mit den Auskünften des Ministers, strenge Voraussetzungen an die Vergabe von Bürgschaften zu knüpfen, sei er sehr zufrieden. Die von Diegel zitierte Nachrichtenmeldung, Staatssekretär Krebs (Wirtschaftsministerium) habe angekündigt, auf die Banken einwirken zu wollen, damit die Bürgschaft ausgezahlt werde, sei ihm, so berichtete Schleußer, bei seiner Rückfrage nicht bestätigt worden. Winfried Schittges (CDU) hielt die bekanntgewordenen Vorgänge für einzigartig und fragte, wie die Firma bis jetzt habe überleben können. Im Dezember sei es um die Restfinanzierung fest kontrahierter Aufträge gegangen, antwortete der Minister, Landesmittel seien zu keinem Zeitpunkt gefährdet gewesen. Nachdem Bremer Vulkan auf die Rückzahlung der 170 Millionen Mark-Forderungen gegenüber Dörries-Scharmann verzichtet habe, müßten Treuarbeit, Vorstand und Banken ein tragfähiges Sanierungskonzept vorlegen. Behauptungen mißbräuchlicher Verwendung von EU-Mitteln zur Liquiditätssicherung von Dörries-Schauermann müßten durch die EU geprüft werden, ebenso, ob der Rückzahlungsverzicht rechtens sei. „Wir haben uns noch nie auf Abenteuer eingelassen und werden das auch hier nicht tun“, versicherte Schleußer. Reinhold Trinius (SPD) deutete an, es sei im Dezember auch um ein „Spiel“ mit der Verantwortung für Arbeitsplatzverluste gegangen. In die anschließenden Haushaltsberatungen wurden die Ergebnisse der Berichterstattungsgespräche aus allen Ressorts und die Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf (Drs. 12/690) vom 9. Februar einbezogen. Die umfangreiche Ergänzungsvorlage weist ein um 758 Millionen Mark höheres Ausgabevolumen aus, der gesamte Landeshaushalt 1996 hat nun ein Volumen von 87,7 Milliarden Mark. Bei den Mehrausgaben fallen insbesondere 700 Millionen Mark für den Länderfinanzausgleich ins Gewicht, die aus der allgemeinen Rücklage gedeckt werden. Weitere Mehrausga-

## Schleußer zu Vergleichsantrag Vulkan-Tochter:

### „Wir haben uns nie auf Abenteuer eingelassen“

Vor der Fortsetzung der Haushaltsberatungen fand im Haushalts- und Finanzausschuß auf Antrag der CDU eine Aktuelle Viertelstunde zum Thema „Auswirkungen der Finanzkrise beim Bremer Vulkan auf NRW“ statt. Zum Haushalt 1996 nahm der Ausschuß die Ergebnisse der Berichterstattungsgespräche und die Ergänzungsvorlage des Finanzministers entgegen.

ben werden durch Einsparungen in den Ressorts und globale Minderausgaben in fast allen Einzelplänen erwirtschaftet. Die Mehrbelastungen für die Gemeindefinanzen durch den höheren NRW-Anteil am Länderfinanzausgleich sollen erst im Steuererwerb 1998 verrechnet werden. Über die zahlreichen Aufträge des Parlaments (Auskunftswünsche an die Regierung) aus den Berichterstattungsgesprächen lag dem Ausschuß eine vom Ausschußbüro erstellte Übersicht vor. Im Rahmen der Informationspflicht der Exekutive würden die Aufträge erfüllt, sicherte der Finanzminister zu. Beim Wissenschaftszentrum NRW habe es seit den Fragen, stellte Helmut Diegel fest, eine Menge Bewegung geben; bis zur Schlußberatung müßten die Fragen beantwortet werden. Dr. Renate Düttmann-

Braun (CDU) verlangte unter Hinweis auf neue Anträge der rot-grünen Koalition Aufschluß über den Vollzug der Frauenförderung an Hochschulen. Ein Vertreter des Ressorts Arbeit/Gesundheit/Soziales trat auf Anfrage des Vorsitzenden Dautzenberg die Bilanz der Start Zeitarbeit GmbH vor und informierte über das Ersuchen um Anerkennung der Gemeinnützigkeit. Die Voten des Wirtschafts- und des Sportausschusses, deren Haushaltsberatungen wegen der Koalitionsverhandlungen verschoben worden waren, können nach der Geschäftsordnung des Landtags bei der Schlußberatung zur 2. Lesung im HFA am 7. März nicht berücksichtigt werden, da die Fristen nicht eingehalten wurden. Vorsitzender Dautzenberg regte an, Änderungsanträge durch die Fraktionen einzubringen.



Gut vorbereitet hatte sich der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Helmut Diegel auf die Beratungen des Haushaltsausschusses (hinter ihm die Spitzenbeamten Gerlach, Schneider und Dr. Berg vom Finanzministerium).  
Foto: Schälte

## Parkraumbewirtschaftung an Hochschulen

### Parkgebühren von 20 Mark im Gespräch

Im Verkehrsausschuß berichtete am 29. Februar eine Vertreterin des Ministeriums, nach Prüfung aller Schwierigkeiten wolle die Landesregierung die Parkraumbewirtschaftung auch an Hochschulen umsetzen. Zusätzlich zum Semestergeld solle eine Parkgebühr erhoben werden in einer Größenordnung von etwa 20 Mark im Monat. Den CDU-Antrag „Keine zusätzlichen Parkgebühren für Studenten über das Semesterticket hinaus“ (Drs. 12/302) lehnte der Ausschuß nach kontroverser Aussprache ab.

Die Landesregierung halte den Betrag für sozial verträglich, erläuterte Amträtin Cramer. Trotz der Schwierigkeiten solle ein praktikabler Weg für die unterschiedlichen Gegebenheiten an den einzelnen Hochschulen gefun-

den und auch dort die Parkraumbewirtschaftung umgesetzt werden. Oliver Wittke (CDU) verteidigte das Antragsanliegen unter Hinweis auf erhebliche Probleme bei Anwohnern im Umfeld von Hochschulen und wies auf die in der interministeriellen Arbeitsgruppe dargelegten Schwierigkeiten hin. Die Parkgebühren für Studenten seien sozial unausgewogen und eine weitere finanzielle Belastung der Studenten untragbar. Peter Eichenseher (GRÜNE) hielt die Parkraumbewirtschaftung auch an Hochschulen für notwendig, auch für die Bediensteten. Heinz Hunger (SPD) verteidigte ebenfalls die Umsetzung des Landtagsbeschlusses in der vom Ministerium geplanten differenzierten Weise und plädierte dafür, im Landtagsgebäude endlich die Parkraumbewirtschaftung einzuführen.

## **Kommunalausschuß änderte GFG-Entwurf**

### **IFO-Empfehlungen 1996 teilweise umgesetzt; „Soziallastenansatz“ auf dem Prüfstand**

*Der Ausschuß für Kommunalpolitik nahm im Rahmen der Haushaltsberatungen am 28. Februar die von den Fraktionen der SPD und der GRÜNEN beantragten Änderungen am Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1996 (GFG) gegen die Stimmen der CDU an und lehnte die Änderungsvorschläge der CDU ab. Auch dem Regierungsentwurf des Landespflegegesetzes (Drs. 12/194) stimmte die rot-grüne Mehrheit in der von Vorsitzendem Friedrich Hofmann (SPD) geleiteten Sitzung zu, während die CDU-Opposition den Entwurf ablehnte. Ein klares Nein der CDU gab es ferner zur Schüler-Lehrer-Relation in der geänderten Verordnung zum Schulfinanzgesetz. CDU-Anträge zur Weiterbildungsförderung und für ein Moratorium bei Abwasseranlagen wurden abgelehnt, die Beratung des CDU-Antrags zur Abfallpolitik vertagt.*

Zum Landespflegegesetz erklärte Josef Wilp (CDU), das Landesgesetz setze ein anderes Modell um, als in Bonn ausgehandelt worden sei. Ursula Bolte (SPD) wies auf die Dringlichkeit einer gesetzlichen Grundlage und die Umsetzung kommunaler Bedenken in einem Änderungsantrag hin. Ewald Groth (GRÜNE) hielt die Investitionsförderung von 140 Millionen Mark aus Landesmitteln für sehr gut und das NRW-Gesetz für vorbildlich. Mit der Mehrheit von SPD und Grünen stimmte der Kommunalausschuß dem Landespflegegesetz zu. Jürgen Thulke (SPD) erläuterte die Änderungsvorschläge, auf die sich die Koalitionsfraktionen teilweise erst am Vortrag geeinigt hatten, und kündigte einen ergän-

zenden Entschließungsantrag im Plenum an. Thulke erläuterte die Umsetzung der Empfehlungen der IFO-Gutachter: fiktive Hebesätze (Anrechnung der normierten Steuerkraft) für die Grundsteuer A einheitlich 175 Prozent, für die Grundsteuer B gestaffelt von 310 (ab 1997 von 320) bis 330 Prozent, für die Gewerbesteuer zwischen 360 (bis 150 000 Einwohner, ab 1997: 370) und 380 Prozent (über 150 000 Einwohner). Der Ausgleichssatz soll unverändert bei 95 Prozent bleiben und ab 1997 auf 90 Prozent abgesenkt werden. Ab 1998 soll es einheitliche fiktive Hebesätze geben, und zwar 175, 330 und 380 Prozent für die genannten Steuern.

Bei der Bedarfsermittlung für die Schlüsselzuweisungen soll es anstelle des Arbeitslosenansatzes einen Soziallastenansatz geben, allerdings erst, wenn eine neue gesicherte Datenbasis vorliege. Die Landesregierung soll für den Zentralitätsnebenansatz einen anderen Indikator anstelle der von IFO empfohlenen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten prüfen, der die Zentralitätsbelastung ausdrückt.

1996 werden gemäß der „Kniola-Garantie“ systembedingte Verluste voll ausgeglichen, 1997 zu zwei Dritteln und 1998 zu einem Drittel. Für besondere Bedarflagen einzelner Kommunen soll ein Strukturfonds eingerichtet werden, der 1997 mit 50 und 1998 und 1999 mit je 100 Millionen Mark ausgestattet wird.

Da die Änderungsanträge der drei Fraktionen erst zur Ausschußsitzung vorlagen, wurde die Sitzung auf Antrag von Josef Wilp (CDU) zum Studium der Änderungsanträge unterbrochen. Danach wies Ewald

Groth besonders darauf hin, daß die Schlüsselmasse um 43 auf 10 772 Millionen Mark erhöht werde. Josef Wilp (CDU) erläuterte in Vertretung des erkrankten Sprechers Albert Leifert gravierende Unterschiede im Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Bei der jetzigen Systematik werde rückwärts gerechnet. Das sei eindeutig der falsche Weg. Die neuen Befrachtungen seien ein Griff in die kommunalen Kassen und gehörten nicht in das GFG. Er sei überrascht, daß die Fraktionen das schluckten. Ein stimmiges Modell ergebe sich nur, wenn die IFO-Empfehlungen ganz umgesetzt würden. Die CDU schlage vor, Zuweisungen und Anpassungshilfen in Höhe von 340 Millionen Mark zu kürzen und die Schlüsselmasse um diesen Betrag zu erhöhen. Als „Entfrachtungen“ wolle die CDU die Zuweisungen für Stadterneuerung kürzen und die Ansätze für Brachflächen und Krankenhausinvestitionen ersatzlos streichen, dafür die allgemeine Investitionspauschale und die Abwasserpauschale erhöhen. 66,5 Millionen Mark für Abwassersysteme an Emscher und Seseke sollen ersatzlos gestrichen werden. Die Zuweisungen an kommunale Krankenhäuser und für Flächennutzbarmachung sollen in den Ressorthaushalten veranschlagt werden. Im Einzelplan 15 soll ein neuer Titel „Maßnahmen der Stadterneuerung“ geschaffen und mit 88,4 Millionen Mark ausgestattet werden. Die pauschalierte Förderung investiver Maßnahmen soll um 316,5 auf 1170 Millionen Mark erhöht werden.

Innenminister Franz-Josef Kniola hörte den Änderungsvorschlägen aufmerksam zu, verdeutlichte sie durch Nachfragen und äußerte sich verwundert, wie wenige es seien. Walter Grevener (SPD) erkannte den sachlichen Beratungsstil an, wies auf den Zwang zur Haushaltsdisziplin hin und kündigte an, die Kommunalpolitiker der Mehrheitsfraktion würden sich künftig früher in die Haushaltsberatungen einschalten, um Befrachtungen auszuschließen. Mit der Entscheidung, das IFO-Gutachten bereits in diesem Jahr umzusetzen, wolle die SPD die Gemeindefinanzierung verfassungsmäßig absichern. Ewald Groth (GRÜNE) räumte ein, daß die Grünen ihre früheren Positionen zum GFG 1996 geändert hätten, und sah in den Änderungen gut abgefederte Schritte, die die Gemeinden moderat umsetzen könnten.

Der Entwurf des GFG 1996 wurde anschließend mit den von der SPD und den Grünen beschlossenen Änderungen angenommen. Vor dem Einstieg in die Beratungen hatte Christian Weisbrich (CDU) von Ministerialdirigent Held wegen einer mißverständlichen Formulierung im Entwurf die Zusicherung erhalten, daß Kompensationsleistungen an die Gemeinden für Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs bereits im Haushaltsjahr 1996 gezahlt würden.

## **CDU-Kritik an Verzug der Koalitionsanträge**

### **15 Millionen umgeschichtet für Schienengüter**

*Die Mehrheit im Verkehrsausschuß nahm am 29. Februar die gemeinsamen Änderungsanträge von SPD und Grünen zum Haushaltsentwurf für den Einzelplan 08 an. Die CDU-Opposition kritisierte die späte Vorlage der Anträge und verweigerte die Beratung. Ihre Änderungsanträge wurden abgelehnt.*

Nach Ansicht der CDU im Verkehrsausschuß müßten die Ausgaben für Investitionen für Ortsumgehungen, Radwege, Lückenschließungen und für Erhaltungsinvestitionen um 30 Millionen Mark erhöht werden. Mindestens das Niveau des Jahres 1994 sei bei den UA I-Mitteln zu sichern. Bei den UA II-Mitteln gebe es dringenden Finanzierungsbedarf für Um- und Ausbaumaßnahmen an Landesstraße bis zu fünf Millionen Mark Gesamtkosten je Maßnahme. Die Kürzung von 180 auf 150 Millionen Mark durch die Koalition müsse rückgängig gemacht werden.

Die Änderungsanträge von SPD und Grünen sahen die Aufstockung der Investitionszuschüsse für nichtbundeseigene öffentliche Eisenbahnen um 15 Millionen Mark auf insgesamt 24,7 Millionen Mark vor. Zur Begründung heißt es im Antrag:

„Zur verstärkten Förderung des Schienengüterverkehrs der nichtbundeseigenen Eisenbahnen, insbesondere der Nutzbarmachung der Schieneninfrastruktur dieser Unternehmen für den Güterverkehr im Nahbereich sowie zur Erhaltung stillgelegungsgefährdeter Strecken der Deutschen Bahn AG in Trägerschaft von Dritten ist eine Verstärkung des Ansatzes erforderlich.“ Im einzelnen werden folgende Projekte genannt: Übernahme der Strecke Plettenberg—Olberstadt, Verlagerung von Kalksteintransporten von Warstein nach Beckum auf die Schiene, Güter-Shuttle von Marl nach Köln-Eifelort, Beschaffung und Umrüstung von DB-Lokomotiven und Spezialgüterwagen.

Die zusätzlichen Mittel sollen im Kapitel Luftfahrt und bei Straßen- und Brückenbau eingespart werden.

## **Landschaftspflege**

Der Landtag hat den CDU-Antrag „Privatisierung von Landschafts- und Grünflächenpflege“ ohne Debatte an den federführenden Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz sowie an den Ausschuß für Kommunalpolitik überwiesen (Drs. 12/326).

## Europaausschuß bei EU-Kommissarin Wulf- Mathies

### Beschäftigung auch durch Umweltüberwachung

In seiner auswärtigen Sitzung in Brüssel informierte sich der Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik Anfang Februar in Gesprächen mit Vertretern der EU-Kommission über auch für Nordrhein-Westfalen sehr wichtige aktuelle Fragen.

Im Mittelpunkt stand die Diskussion mit EU-Kommissarin Dr. Monika Wulf-Mathies, vormals ÖTV-Bundesvorsitzende, über die Zukunft der Strukturfonds. Ausschußvorsitzender Prof. Dr. Horst Posdorf bat insbesondere um Auskunft, wie Nordrhein-Westfalen künftig im Rahmen solcher Programme berücksichtigt werde bzw. welche neuen Akzentuierungen von der Kommission beabsichtigt seien.

Frau Dr. Wulf-Mathies erinnerte daran, daß für den Zeitraum 1994 bis 1999 mehr als 1,1 Milliarden Mark nach NRW fließen werden. Weil Nordrhein-Westfalen eben nicht zu den ärmsten EU-Regionen gehöre, sei das nicht entsetzlich viel; aber das Land sei immerhin Verbraucher der Hälfte der sogenannten Ziel-2-Mittel, die für Deutschland zur Verfügung gestellt würden. (Mit den Mitteln aus dem Ziel-2-Programm werden von rückläufiger industrieller Entwicklung schwer betroffene Regionen unterstützt. In NRW sind dies das Ruhrgebiet und der Kreis Heinsberg).

Für die neue Ziel-2-Generation benannte

Frau Dr. Wulf-Mathies vier Schwerpunkte: 1. die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, das heißt: die Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze; 2. Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie die Qualifizierung der Arbeitnehmer, dazu bedürfe es regionaler Entwicklungs- und Beschäftigungskonzepte. Bisher gebe die Kommission etwa im Schnitt vier Prozent der Strukturfondsmittel für den Bereich von Forschung, Entwicklung, Innovation und Qualifizierung aus. Das sei viel zu wenig und müßte eigentlich hochgefahren werden. 3. Umweltschutz, und zwar nicht nur in Form innovativer Produkte, die auf dem Weltmarkt Chancen hätten, sondern auch Umweltüberwachung, Umweltkontrolle und lokale Umweltdienste. 4. Verwirklichung der Chancengleichheit: Angebote für Frauen zur Wiedereingliederung in das Erwerbsleben. Für die Programme der Jahre 1994 bis 1999 gingen die Prognosen von etwa 2,4 Millionen neuer Arbeitsplätze in Europa aus.

Im Hinblick auf die diskutierte Ost-Erweiterung der Europäischen Union ging Frau Dr. Wulf-Mathies davon aus, daß in bestimmten Bereichen die Förderung möglicherweise abgesenkt werden müsse – und dies gelte gerade für Deutschland als reiches Land.

Mit Antonella Schulte-Brauks von der Generaldirektion „Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und soziale Angelegenheiten“



Europaausschuß sprach mit EU-Kommissarin Monika Wulf-Mathies (l.) über NRW-Fördergebiete, r. Vorsitzender Professor Horst Posdorf.

erörterte der Europaausschuß Fragen des vierten mittelfristigen Aktionsprogramms der Gemeinschaft für die Chancengleichheit von Frauen und Männern. Die Vertreterin der Kommission betonte, daß dem EU-Vertrag eine ausdrückliche Gesetzgebungskompetenz auf dem Gebiet der Chancengleichheit zugestehet. Darüber hinaus sei es notwendig, über ganz bescheidene Programme „im praktischen Leben“ zu handeln. So gab es beispielsweise ein kleines Programm, das die Gründung von kleinen Unternehmen durch Frauen förderte. Für das Jahr 1996 hat das Europäische Parlament für das vierte Aktionsprogramm zunächst neun Millionen ECU vorgesehen.

Zunächst berichtete Staatssekretär Westermann, die Firma TNT habe ihren Weggang am 22. Februar mitgeteilt und diesen mit über 14monatiger Diskussion und unklaren Langfrist-Aussichten begründet. Kapazitätsengpässe hätten eine sofortige Entscheidung erfordert. Ausdrücklich seien die ernsthaften Bemühungen von Minister Clement gewürdigt worden.

Westermann zählte auch Probleme mit der Luftverkehrskontrolle, Kosten des Bodenservice, hohe Landegebühren und EU-Subventionen für Lüttich als weitere Gründe auf und erwähnte, für Verunsicherung habe nicht nur eine Partei gesorgt. Die Landesregierung bedaure die Entscheidung: „Es macht schon bitter, wenn man trotz intensiver Bemühungen eine solche Entscheidung nicht verhindern konnte.“ Clement habe zweimal persönlich mit der Geschäftsleitung gesprochen, eine rechtsverbindliche Garantie für 20 Jahre aber so kurzfristig nicht geben können. Trotz des Rückschlags setze die Landesregierung ihre Bemühungen um den Erhalt der Arbeitsplätze und um besseren Lärmschutz für die Anwohner fort, sagte Westermann und nannte vier Eckpunkte für die mit dem Bundesverkehrsministerium abgestimmte Neuregelung des Nachtflugbetriebs: 1. „Der Flughafen Köln/Bonn bleibt grundsätzlich nachtoffen.“ Es wird keine Kernruhezeit in der Nacht eingeführt und auch kein Lärmhöchstwert festgesetzt.“ 2. Das gelte nur für Kapitel-3-Flugzeuge nach der Bonus-Liste. 3. Für nicht in der Bonus-Liste enthaltene Kapitel-3-Flugzeuge würden aufgrund des Vertrauensschutzes bis 2002 Übergangsregelungen gewährt. 4. Eine geänderte Nachtflugregelung solle 20 Jahre lang gelten.

## Staatssekretär im Verkehrsausschuß

### „Köln/Bonn bleibt grundsätzlich nachtoffen“

Auf Antrag der CDU debattierte der Verkehrsausschuß am 29. Februar in einer Aktuellen Viertelstunde über den „Weggang der Frachtflugfirma TNT vom Flughafen Köln/Bonn“. Staatssekretär Joachim Westermann (Verkehrsministerium) erklärte, der Flughafen Köln/Bonn bleibe grundsätzlich „nachtoffen“ für Kapitel-3-Flugzeuge nach der Bonus-Liste. Eine neue Nachtflugregelung solle 20 Jahre lang gelten.

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU Günter Langen bestätigte das Engagement von Regierung und Parlament und kündigte an, die CDU werde aufgrund der Landtagsanhörung (Bericht Seite 13) ihren Antrag modifizieren. Das wurde vom SPD-Sprecher Heinz Hunger begrüßt und für dringend geboten gehalten. Der SPD komme es darauf an, den Fluglärm zu minimieren und den Carriern auf dem Flughafen Köln/Bonn langfristige Investitions- und Entwicklungssicherheit zu geben. Hunger kritisierte doppelbödige Zungen schläge bei Angriffen auf Rot-grün. Die Erkenntnisse aus der Anhörung sollten sachlich umgesetzt werden.

Peter Eichenseher (GRÜNE) hielt die Ausführungen von TNT bei der Anhörung für unflexibel und ihr Bekenntnis zum Wachstum für bemerkenswert. Die CDU habe in der Anhörung keine einzige Frage nach ihrem Antragsanliegen 75 Dezibel gestellt. Die Firma ups halte eine Kernruhezeit ein. Heinz-Helmich van Schewick (CDU) distanzierte sich energisch von zynischen Äußerungen der Lärmschutzgegner, die mit ernsthafter Wirtschaftspolitik unvereinbar seien, und erinnerte an den früheren

Parteienkonsens zum Luftverkehr in NRW. Das Verhalten der Grünen habe eindeutig zum Weggang von TNT geführt. Gerhard Wächter (CDU) stimmte zu und wies auf einen Offenen Brief einiger Grünen-Abgeordneten an die Frachtflugunternehmen vom 12. 2. hin, worin massive Beschwerden wiederholt und eine Kernruhezeit gefordert werde. Gisela Nacken (GRÜNE) sagte, von den Grünen gebe es keine Jubelschreie über den Weggang von TNT. Sie versuchten, die ökonomischen Interessen der Carrier und die Lärmschutzbedürfnisse unter einen Hut zu bringen.

Oliver Wittke (CDU) bemerkte, es gehe um den Wirtschaftsstandort des Landes NRW insgesamt. Das von Günter Langen (CDU) vom Grünen-Sprecher verlangte grundsätzliche Bekenntnis zum Luftverkehr wurde nicht gegeben. Staatssekretär Westermann meinte abschließend, die Entscheidung von TNT sei bis zum 22. Februar offen gewesen. Man hätte die Firma vielleicht halten können. Jetzt sei klar, auch mit Verkehrsleistungen könne Beschäftigung erreicht werden. Wenn demnächst von Lüttich aus LKW-Transporte durch NRW führten, gefalle ihm das nicht.

## EU-Programm Forschung und Entwicklung:

### **Verkehr, Multimedia, Medizin und Wasser**

*Das vierte Rahmenprogramm der EU im Bereich Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration und seine Auswirkungen auf NRW war Thema der Erörterungen des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik mit Vertretern der Kommission Anfang Februar in Brüssel. Als Gesprächspartner stand Wolfgang Vehse, Mitglied des Kabinetts von Kommissar Bangemann, zur Verfügung.*

Für das vierte Rahmenprogramm zur Forschung verfügt die Kommission über einen Haushaltsansatz von bislang knapp 25 Milliarden Mark. Ziel des Programms ist im wesentlichen die Förderung der wissenschaftlich-technischen Grundlagen der europäischen Industrie, um die Industrie gegenüber den Konkurrenten auf dem Weltmarkt in technologischen Schlüsselbereichen wettbewerbsfähig zu machen. Außerdem soll die Forschungspolitik zwischen den Mitgliedstaaten besser koordiniert werden.

Ferner soll mit dieser Forschungspolitik die Arbeit in anderen Bereichen, die nicht in den industriellen Sektor gehören, begleitet werden. Dabei handelt es sich um die Verkehrspolitik, die Umweltpolitik so wie die Sozialpolitik. Es soll damit verdeutlicht werden, daß Industriepolitik nicht alles ist, sondern daß alle diese Dinge gleichfalls eine soziale, umwelt- und verkehrspolitische sowie verbraucherpolitische Dimension haben.

Eingehend auf einige forschungspolitische Schwerpunktbereiche beklagte sich Wolfgang Vehse darüber, daß insbesondere die Bereitschaft der Deutschen, nicht der anderen Europäer, Biotechnologie, also eine Technologie der europäischen Zukunft, zu begreifen, relativ wenig ausgeprägt sei. Über Biotechnologie und ihre Risiken sprächen nur die Deutschen, niemand anders. Dies würde nach seiner Einschätzung dazu führen, daß Deutschland wiederum Zigtausende von Arbeitsplätzen an andere Standorte in Europa verlieren werde.

Derzeit sei die Kommission dabei, die europäische Forschungspolitik neu zu orientieren. Die bisherige europäische Forschungs- und Technologiepolitik sei zu Recht etwa mit den Worten kritisiert worden: Ihr forscht zwar auf vielen Gebieten, aber ob das letztendlich dazu führt, daß Schwerpunkte innerhalb der europäischen Forschung in den Bereichen gesetzt werden, in denen wir wirklich Probleme mit unserer industriellen Wettbewerbsfähigkeit und vielleicht im Augenblick noch schlummernde Chancen haben, wagen wir zu bezweifeln. Ein solcher Vorwurf sei nicht von der Hand zu weisen. Deshalb prüfe die Kommission, ob es denn nicht in der Tat in unserer heutigen Zeit angemessener wäre, Forschungspolitik und „Industriepolitik“ stärker miteinander zu verzahnen.

Dies solle keine Abkehr von der Grundlagenforschung sein, aber eine deutliche Hinwendung zu angewandten Forschung sowie nach einer Abkehr vom Gießkannenprinzip. Man wolle die knappen zur Verfügung stehenden Mittel in Schwerpunkten bündeln, ohne dabei die Breite der Forschungsarbeit allzuweit einzuschränken. Deshalb habe die Kommission sogenannte Task-forces für Forschung und Industrie gegründet für Bereiche, von denen man annehme, daß Europa dort künftig große Chancen habe.

Diese Themen seien: Flugzeug der Zukunft, Auto der Zukunft, multimediale Lernsysteme, Viruserkrankungen und Impfstoffe, Wasserqualität und Wassertechnologie, Intermodalität im Verkehr, Züge der Zukunft und Zugsysteme der Zukunft sowie maritime Systeme.

Angesichts der industriellen Landschaft in Nordrhein-Westfalen und der Task-forces, die die Kommission gegründet habe, appellierte Herr Vehse an die Mitglieder des Europaausschusses des NRW-Landtags, über den Landtag und über die Landesregierung Einfluß auf die Bundesregierung zu nehmen, damit diese Konzeption zum Erfolg geführt werden könne.

### „Fahrplanänderung“ wegen Koalitionskrise

### **Europaausschuß vertagte Haushaltsberatung**

*Im Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik beantragte Erich Heckelmann für die SPD-Fraktion am 26. Februar, die Haushaltsberatungen zu vertagen, um das Ergebnis der für den Abend angesetzten Koalitionsverhandlungen abzuwarten. Die Fraktionen einigten sich auf den neuen Sitzungstermin 1. März. Europaminister Professor Manfred Dammeyer (SPD) und die zahlreich erschienenen Vertreter der Ressorts wurden vom Vorsitzendem Professor Horst Posdorf (CDU) ebenfalls neu eingeladen.*

Landesmittel für europa- und entwicklungspolitische Aktivitäten sind in fast allen Ressorts veranschlagt. Insgesamt geht es um Haushaltsmittel für europa- und entwicklungspolitische Aktivitäten mit einem Volumen von rund 30 Millionen Mark. Außer Aufwendungen für den Nord-Süd-Beauftragten

Jürgen Schroer wurden alle Ausgaben im Etat der Staatskanzlei gekürzt, jedoch der Ansatz für Informations- und Bildungsarbeit und zum Aufbau eines Netzes von „Eine-Welt-Promotorinnen und -Promotoren“ um fast eine Million Mark aufgestockt. Für dieses Netz ist eine Million Mark veranschlagt.

## **Binnenmarkt Energie**

*Über Fragen der Liberalisierung des Energiemarktes sprachen die Mitglieder des Europaausschusses bei der auswärtigen Sitzung in Brüssel Anfang Februar mit Peter Faraß, dem Leiter des Referates „Funktionieren des Binnenmarktes“ in der Generaldirektion Energie. Zunächst erinnerte er daran, daß es zwar einen Vertrag mit Regeln über den Bereich Kohle und Stahl sowie einen Vertrag über den Kernenergiebereich gäbe, daß aber die wichtigsten Energieträger im Vertrag von Rom nicht angesprochen worden seien. Das habe auch in Deutschland vermehrt zu Kommentaren geführt, daß die Kommission überhaupt keine Energiekompetenz besitze und die Kommission Felder beackern würde, die eigentlich den nationalen Parlamenten vorbehalten seien.*

Es sei jedoch nicht zu übersehen, daß die allgemeinen Vertragsbestimmungen „Wettbewerbsrecht“, „Freiheit des Warenverkehrs“, „Freiheit der Niederlassung“ und die Regeln über den Binnenmarkt auch auf dem Energiesektor anzuwenden seien.

Um solche Mißverständnisse zu überwinden und eine kohärente Energiedefinition zu erarbeiten, habe die Kommission einen Prozeß eingeleitet, der im Januar 1995 mit der Publizierung eines ersten Grünbuches begann. In diesem Grünbuch, das ja bekanntlich ein Diskussionspapier darstelle, seien zunächst Optionen aufgezeigt worden. Nach ausführlicher Diskussion über dieses Papier mit den nationalen Regierungen, dem Europäischen Parlament, den Gewerkschaften und vielen Verbänden sei inzwischen — im Dezember 1995 — ein Weißbuch vorgelegt worden, das die Vorstellungen der Kommission im Bereich der Energiepolitik widerspiegeln und Leitlinien aufzeige. Ob es nun gelingen werde, diese aufgezeigten politischen Leitlinien dann in ein eigenes Energiekapitel im Vertrag Maastricht II einfließen zu lassen, werde vom politischen Willen der Beteiligten abhängen. Im Maastrichtvertrag sei dies ja bekanntlich gescheitert.

Mit diesem Weißbuch werden drei große politische Ziele verfolgt: Beibehaltung bzw. Verbesserung der Versorgungssicherheit mit Energie in der Gemeinschaft; substantieller Beitrag der Energiepolitik zum Umweltschutz sowie substantieller Beitrag der Energiepolitik zur Erhaltung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie.

In diesem Zusammenhang hat die Kommission Vorschläge für die Schaffung eines Binnenmarktes für Strom und Gas vorgelegt. Mit dem ersten Konzept, das 1992 vorgelegt wurde, ist die Kommission gescheitert; weder das Europäische Parlament noch die Mitgliedstaaten sind diesem Ansatz gefolgt. Deshalb hat die Kommission im Dezember 1993 einen neuen Ansatz vorgelegt. Die wesentlichen Elemente dieses neuen Konzepts sind: Es gibt keinen reglementierten Netzzugang mehr, sondern einen verhandelten Netzzugang. Die Industriepartner und die Netzeigentümer haben wirtschaftlich vergleichbare Machtstellungen und können die Vertragsbedingungen aushandeln. Falls es nicht zu einer Einigung kommt, gibt es ein Streitschlichtungsverfahren. Insbesondere zwischen Deutschen und Franzosen gäbe es noch große Meinungsverschiedenheiten, so Peter Faraß. Bis Ende 1995 sei es nicht zu einer Einigung gekommen. Angestrebt werde nunmehr eine Verständigung unter italienischer Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1996.

## Fortschritte und Defizite beim Sportangebot in Vollzugsanstalten

*Sport in den Justizvollzugsanstalten (JVA) des Landes stand im Mittelpunkt der Sitzung, die der Sportausschuß des Landtags unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden Klaus-Dieter Stallmann (CDU) am 26. Februar durchgeführt hat. Dabei schälten sich im Bericht des Justizministers und in der Diskussion der Abgeordneten als Kernpunkte heraus: Sport der Vollzugsbediensteten, Sport der männlichen und der weiblichen Gefangenen, wo der Standard im Männerbereich noch keineswegs erreicht ist.*

Wegen der damals noch geringeren Zahl weiblicher Gefangener sei dem Sport für Frauen im Vollzug früher nicht die erforderliche Aufmerksamkeit geschenkt worden, stellte als Sprecher des Justizministeriums Leitender Ministerialrat Kretschmar, Gruppenleiter der Abteilung IV (Strafvollzug) im nordrhein-westfälischen Justizministerium, fest. In seinem Bericht unterstrich Kretschmar die Anstrengungen des Landes bei der Fortentwicklung des dienstlichen und außerdienstlichen Sports der Justizbediensteten. So gebe es derzeit an die 300 als Übungsleiter ausgebildete Vollzugsbeamte, diese Dienstsportausbildung werde in Wuppertal intensiv betrieben. Die großzügige Bereitstellung von Einrichtungen, Transportmitteln und die Übernahme von Versicherungsschutz habe dazu beigetragen, daß sich der außerdienstliche Sport erfreulich entwickelt habe. Die Betriebssportgemeinschaften der JVA erfreuten sich wachsenden Zuspruchs. Das alles sei seit langem in einer allgemeinen Verfügung geregelt, schloß der Sprecher diesen Themenkomplex ab.

Über die Notwendigkeit des Gefangenen-sports gab es keine Zweifel. Zum einen soll er der systembedingten Bewegungsarmut in der Haft im Interesse der Gesundheit der Gefangenen entgegenwirken, andererseits ist er in der Lage, vor allem in den Mannschaftssportarten soziales Verhalten einzuzüßeln. Und — das fügte Kretschmar als Episode an — er kann Fluchtabsichten aus dem geschlossenen Vollzug vereiteln: „Gegen Befreiungsversuche aus der Luft fällt in Bochum und Werl eine ganz ordentliche Flutlichtanlage ab“; selbst wenn man also für die Sicherheit etwas tue, könne für den Sport etwas abfallen, meinte der Vertreter des Justizministeriums und berichtete von Fällen, in denen die Teamkollegen einen fluchtwilligen Mithäftling vom Weglaufen abhielten. Als einer einmal dennoch davongearannt sei, habe ihn der begleitende Justizbeamte, fit durch Bedienstetensport, nach wenigen hundert Metern wieder eingeholt. Auch wenn diese Beispiele dagegensprechen, für die Gefangenen ist Sport eine gute Gelegenheit, Kontakte nach außen zu knüpfen und zu unterhalten, was der Resozialisierung dienlich sei. So kämen Sportvereine zu Wettbewerben in die Anstalten, und bei der Abnahme der Prüfungen zum Sportabzeichen sei es mitunter unumgänglich, daß die Gefangenen in der Disziplin Schwimmen ein öffentliches Hallenbad aufsuchen müßten.

Jede JVA sei gehalten, ein möglichst umfangreiches Angebot für die Freizeitgestaltung der Gefangenen zu schaffen. Dabei werde bis zur Grenze der personellen und finanziellen Möglichkeiten der Gefangenen-sport besonders intensiv gefördert. Auf die Gefangenen könne aber kein Zwang ausgeübt wer-



*Neuer stellvertretender Vorsitzender des Sportausschusses: Heinz-Helmich van Schewick (CDU, rechts im Bild). Mit dabei die Abgeordneten Dr. Hans Kraft (SPD, Mitte) und Gerd Mai (GRÜNE, links).*

den, sportlich aktiv zu werden, betonte Kretschmar und bezifferte die Teilnahmequote auf unverändert 30 — 40 Prozent. In der Beliebtheitskala der Sportarten stünden ganz oben der Kraftsport, gefolgt von Fuß- und Handball, Tischtennis und Volleyball. Wer sich von den Inhaftierten zu einer Sportgruppe anmelde, werde in der Regel aufgenommen; Ausnahme ist der Kraftsport, wo es eine Warteliste gebe. Über den seit Jahren bestehenden Arbeitskreis Sport in den Justizvollzugsanstalten gebe es eine enge Zusammenarbeit zwischen Justizministerium und Landessportbund.

Der Gruppenleiter teilte den Ausschußmitgliedern mit, daß seit 1993 rund sechs Millionen Mark für den Sportstättenbau im Vollzugsbereich ausgegeben worden seien, davon allein 3,5 Millionen für den Sportstättenbau in der neuen JVA in Aachen. In Düsseldorf seien Kleinspielfelder angelegt worden, Köln habe 800 000 Mark erhalten, in Siegburg sei die Sporthalle renoviert worden, ebenfalls erneuert wurden die Sportplätze in Dortmund und Schwerte. Im kommenden Jahr stünde eine halbe Million bereit für die Fertigstellung der Sanierung der Anlagen in der JVA Siegburg. 1998 stehe die Fertigstellung der JVA Gelsenkirchen-Feldmark mit Sporthalle und Außen-sportanlagen an, wobei, wie Kretschmar seine Hoffnung ausdrückte, „in der Öffentlichkeit nicht nur Neid erregt wird“.

Ob denn solche „olympiareifen“ Einrichtungen Sinn hätten angesichts der oft mehr als unzureichenden Sportstätten in vor allem äl-

teren JVA, wollte Bodo Champignon (SPD) wissen und sprach sich für mehr Gleichbehandlung der JVA aus: Für alle müsse es ein Grundangebot geben, auf das dann aufgebaut werden könne. Es sei sehr schwer, Geld für Altanlagen zu bekommen, antwortete das Justizministerium. Es gehe auch nicht an, die Gefangenen, die dies nicht wollten, zur Wahrnehmung des sportlichen Angebots zu verpflichten, wie dies der CDU-Abgeordnete Leonhard Kuckart im Interesse der Gesundheit der Gefangenen anregte; das sei nach dem Gesetz nicht möglich, nur bei jugendlichen Gefangenen gebe es eine Pflicht zur Teilnahme am Schulsport.

Auf die Fragen der CDU-Abgeordneten Dr. Annemarie Schraps und von Gerd Mai (GRÜNE) erläuterte Kretschmar die besondere Situation im Sport für weibliche Gefangene. Da sei man immer noch weitgehend von den Einrichtungen in den Männeranstalten abhängig, was oft genug, wenn die Frauen zum Sport durch die Höfe der Männeranstalten geführt werden müßten, zu einem „Spießbrutenlauf“ ausarte. In den letzten Jahren sei das Sportangebot für Frauen nicht nur ausgeweitet worden, in dieses Angebot seien verstärkt auch frauenspezifische Sportarten wie Gymnastik oder Tanzen aufgenommen worden. Aber der Umstand, daß die Sportanlagen noch zu oft im Männerbereich lägen, könne nicht sofort geändert werden. Es sei aber schon einiges damit erreicht, daß die Anstaltsleitungen „sensibilisiert“ seien, den Sport für Frauen im Vollzugsalltag zu berücksichtigen. Um sich ein eigenes Bild über die Lage zu machen, schlug der SPD-Abgeordnete Dr. Hans Kraft vor, daß sich der Sportausschuß über die unterschiedlichen Angebote im Sport bei Besuchen in einer Männer- und einer Frauenanstalt ein eigenes Bild verschaffe. Dabei sei auch zu erfahren, wie die Situation verbessert werden könne.

★

In einem weiteren Tagesordnungspunkt wählte der Ausschuß einen neuen stellvertretenden Vorsitzenden, da Stallmann im vergangenen Jahr in der Nachfolge seines Fraktionskollegen Dr. Jörg Twenhöven die Leitung des Ausschusses für Innere Verwaltung übernommen hatte. Ohne Gegenstimme, bei Enthaltung des Betroffenen, wurde Heinz-Helmich van Schewick (CDU) zum stellvertretenden Vorsitzenden des Sportausschusses gewählt. Die Ausschußmitglieder dankten Stallmann für seine Arbeit und sandten zugleich dem erkrankten Ausschußvorsitzenden Uwe Herder (SPD) Genesungswünsche ins Krankenhaus.



*Leitete die Sitzung des Sportausschusses: Klaus-Dieter Stallmann (CDU, Mitte). Links neben ihm Ministerialdirigent Johannes Eulerling vom Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport, rechts Ausschußassistent Wolfgang Kubitzky.*

*Fotos: Schälte*

## CDU will bisherige Zusammenarbeit mit amnesty international überdenken

### Innenausschuß: Studie über Polizei und Fremde war das zentrale Beratungsthema

*Die von der Polizeiführungsakademie Münster in Auftrag gegebene Studie zum Projekt „Polizei und Fremde“ sowie von amnesty international veröffentlichte Mißhandlungsvorwürfe gegenüber Polizei- und Vollzugsbeamten beschäftigte nun auch den nordrhein-westfälischen Landtag. Unter dem Vorsitz von Klaus Stallmann (CDU) ließ sich der Ausschuß für Innere Verwaltung auf Antrag des Sprechers der SPD-Fraktion Stefan Frechen über den Wahrheitsgehalt der Meldungen berichten, die sowohl in der Öffentlichkeit als auch in anderen Parlamenten für Aufregung gesorgt hatten.*

Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) ging auf die Veröffentlichungen von amnesty international (ai) ein, über den er sich verärgert zeigte. Vorab nannte er das Verfahren „unverfälscht“, Behauptungen über das Fehlverhalten einzelner Beamter in die Welt zu setzen, ohne vorher den betroffenen Behörden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Der Bericht enthalte insbesondere zwei Fälle, deren Darstellung „tendenziös und ehrenrührig“ sei. Beide Fälle seien bereits seit längerer Zeit strafprozessual abgeschlossen, in einem Fall durch gerichtlichen Freispruch, im zweiten Fall, weil die Behauptungen und Beschuldigungen nicht haltbar waren. In diesem Zusammenhang mahnte Kniola auch die Qualität parlamentarischer Anfragen an und rügte die Kleine Anfrage eines Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in der im Zusammenhang mit einer in einer Bonner Diskothek durchgeführten Razzia Pressebehauptungen als Tatsachen übernommen wurden, die sich ebenfalls als frei erfunden herausgestellt hätten.

Der Innenminister ging auf den Abschlußbericht zum Projekt „Polizei und Fremde“ ein. Stefan Frechen hatte auch hierüber Auskünfte erbeten, nachdem dargestellt worden sei, bei bisher bekanntgewordenen Polizeiübergriffen gegen Ausländer handle es sich nicht um Einzelfälle, die jedoch vielfach auf den hohen Frustrationsgrad überlasteter Beamter zurückzuführen wären.

Da bundesweit nur 100 Beamte in die Be-

fragung einbezogen wurden, so Kniola, könne die Studie nicht als repräsentativ gelten. Sie habe jedoch zu der wesentlichen Erkenntnis geführt, daß man sich in der Ausbildung eingehender mit dem Thema „Polizei und Ausländer“ befassen müsse. Dies alleine löse aber nicht das Problem. In jedem Einzelfall werde sorgfältig recherchiert, um auch nicht den „Hauch einer Fremdenfeindlichkeit“ aufkommen zu lassen. Er ging weiter auf die Streßfaktoren ein. Die Polizei fühle sich alleine gelassen. Die Gesellschaft unternehme keine ernsthaften Lösungsversuche (Beispiele: Drogenkriminalität, Obdachlose, andere Suchtkranke). Zum Frust komme dann der Ärger hinzu, wenn die schwierige Polizeiarbeit in den Medien nicht gewürdigt, sondern diskriminiert werde. Er habe für das teils verantwortungslose Verhalten der Medien kein Verständnis. Er komme zu dem Ergebnis, daß alle bisherigen Maßnahmen unzureichend sind und eine tiefer gehende Beschäftigung mit dem Problem — „dann aber auch jenseits aller Tabuzonen“ — notwendig ist.

Heinz Paus, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, kritisierte, ai beziehe Informationen offensichtlich nur aus den Medien. Dies mache ein Überdenken der bisher praktizierten Zusammenarbeit mit dieser Organisation erforderlich. Er und sein Fraktionskollege Heinrich Meyers wiesen darauf hin, daß sich die in der Studie wiedergegebenen Aussagen decken würden. Deshalb sollten diese von den für die Polizei Verantwortlichen ernstgenommen werden, auch wenn die Studie nicht repräsentativ sei. Die Belastungen und Probleme der Polizei müßten durchleuchtet werden. Die CDU nehme die Studie jedenfalls sehr ernst und werde das politisch Notwendige tun. Die Polizei befinde sich in dem Widerspruch, der sich aus der uneinheitlichen Haltung der Führungsebene und der Konfrontation mit der öffentlichen Berichterstattung ergebe. Paus sprach in diesem Zusammenhang von einem „Pressegerichtshof“.

Christiane Bainski (GRÜNE) hielt den Schutz der Polizei durch das Parlament für selbstverständlich. Polizisten und Polizistinnen seien nicht der „Mülleimer der Na-

tion“. Aber es gehe nicht allein um den Schutz der Polizei vor Angriffen, man müsse die Ursachen für Fehlverhalten untersuchen und dabei nicht übersehen, daß in Deutschland lebende Ausländer den schwächeren „background“ hätten.

Zur Umorganisation der Bereitschaftspolizei („Landtag intern“ berichtete darüber in der vorigen Ausgabe) stellte Heinz Paus in der Abstimmungssitzung fest, auch nach den letzten Ausführungen des Innenministers habe sich die Einschätzung der Lage nicht geändert. Danach sei die jederzeitige Verfügbarkeit der Hundertschaften der Polizei problematisch, wenn sie nicht mehr — wie bisher — bei der Bereitschaftspolizei geführt würden.

Im Gegensatz dazu begrüßte die SPD-Fraktion die Initiative des Innenministers und versprach sich mehr Polizei für den Bürger sichtbar auf der Straße. Im übrigen handle es sich bei der Neuorganisation lediglich um eine Vereinheitlichung, nachdem von den fünfzehn bestehenden Hundertschaften bereits zehn seit längerem den Kreispolizeibehörden angegliedert und die bisherigen Erfahrungen insoweit positiv seien. Insofern werde auch die Sorge des Bundesinnenministers nicht geteilt, diese Einheiten könnten in den Wach- und Wechseldienst aufgehen. Die Hoffnung auf eine jetzt andere Einschätzung durch das Bundesministerium sei berechtigt, der CDU-Antrag somit abzulehnen.

### Rückführung

Der Ausschuß beschäftigte sich auch mit der Rückführung von Bürgerkriegsflüchtlingen und — im Rahmen einer von der CDU-Fraktion beantragten Aktuellen Viertelstunde — mit der künftigen Struktur der zentralen Ausländerbehörden in NRW.

Innenminister Kniola bestätigte, angesichts rückläufiger Asylbewerberzahlen werde der Bund zweitausend Mitarbeiterstellen reduzieren. Davon sei auch das Land Nordrhein-Westfalen betroffen, wo analog die Zahl der Unterkünfte und Aufnahmeplätze reduziert werden müßten. Den betroffenen Städten wolle das Land aber behilflich sein.

Auf eine entsprechende Frage der Münsteranerin Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU), in deren Heimatstadt eine der nordrhein-westfälischen Zentralstellen aufgelöst wird, meinte der Innenminister, wegen der Beschäftigten sei das Land mit der Stadt im Gespräch, wenn dies auch nicht Angelegenheit des Landes sei. Münster habe bei Gründung des Standorts großen Wert auf die Befristung auf fünf Jahre gelegt. Es würden gleitende Übergänge angestrebt. Aber es sei finanzwirtschaftlich nicht vertretbar, nicht benötigte Plätze für Asylbewerber vorzuhalten. Selbst nach der Schließung in Münster verblieben in NRW 3 470 Plätze, von denen etwa 2 500 belegt sind. Weitere Schließungen seien abhängig von der Zahlenentwicklung.

Heinz Paus meinte, für seine Fraktion sei die Schaffung zentraler Unterkünfte stets ein Element sinnvoller Asylpolitik gewesen. Es sei nun gut zu wissen, daß die Interessen der Stadt berücksichtigt werden.

### Umzugskosten

Ende dieses Jahres soll mit dem Neubau der Fortbildungsakademie in Herne begonnen werden, mit der Fertigstellung ist Ende 1998/Anfang 1999 zu rechnen. Für den Neubau sind 48 Millionen Mark vorgesehen, erklärt der Innenminister auf die Kleine Anfrage 165 des CDU-Abgeordneten Theo Kruse. Da die Fortbildungsakademie in Attendorn schon seit Dezember 1993 geschlossen sei, stellte sich nicht die Frage, ob es angesichts der finanziellen Lage sinnvoll sei, die bestehende Einrichtung zu schließen und eine neue zu errich-

ten, betont der Minister und führt auf die Frage nach den Mehrkosten durch die Verlagerung der Einrichtung aus, es ließen sich keine umzugsbedingten Mehrkosten feststellen. Zwar seien die Kosten von 1993 (Attendorn) nach 1994 (Herne) um 19 Prozent gestiegen, dabei müsse im Interesse der Vergleichbarkeit aber berücksichtigt werden, „daß die Zahl der Seminarteilnehmer von 1993 auf 1994 um 17 Prozent und darüber hinaus im Hotelgewerbe die Preise gestiegen sind. Daraus ergibt sich insgesamt, daß der nunmehr von Herne aus gesteuerte Fortbildungsbetrieb nicht umzugsbedingt teurer geworden ist“ (Drs. 12/540).

## Jugendausschuß:

### Einstimmiges Votum bei einigen Anträgen

Der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie hat am 29. Februar unter der Leitung von Erich Heckelmann (SPD) die Haushaltsberatung in seinem Bereich abgeschlossen. Bei der Abstimmung über die 21 Änderungsanträge aller drei Fraktionen zeigte sich bei einigen Gelegenheiten die Existenz einer „Fraktion Familie“. Bei den Anträgen von SPD und Grünen, die der Intention von CDU-Anträgen nahekamen, stimmten die Unionsvertreter zu und sorgten so für ein einstimmiges positives Votum.

Das geschah etwa bei der Erhöhung der Förderung der Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule bei der Ganztagsbetreuung von Schülerinnen und Schülern. Hier schlugen die Koalitionspartner im Bereich „Verlässliche Grundschule“ eine Erhöhung um eine halbe auf 1,5 Millionen Mark vor, die CDU stimmte zu, obgleich sie eine Verdoppelung des Ansatzes auf zwei Millionen gewollt hatte. Ebenfalls einstimmig erfolgte das Votum für eine Erhöhung der Förderung des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) von Null auf 700 000 Mark — hier lag die CDU um 20 000 Mark über dem Vorschlag von SPD und Grünen. Einigkeit auch in dem Kapitel mit der Benennung „Förderung von Einrichtungen der Familienbildung zur Durchführung von Sondermaßnahmen und Förderung noch nicht nach dem Weiterbildungsgesetz anerkannter Einrichtungen der Familienbildung“: Hier sattelten SPD und Grüne 600 000 Mark drauf, die CDU hätte gerne das Doppelte an Zuwachs gesehen.

Die Wege trennten sich wieder in der Frage, ob eine neue Titelgruppe 87 (Gleichgeschlechtliche Lebensformen) im Kapitel 070 50 (Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen) einzuführen sei, wie dies die Koalitionspartnern vorschlugen. Man stehe dem Anliegen dieser Arbeit zwar nicht ablehnend gegenüber, erklärte der CDU-Sprecher. Es gebe aber Vorbehalte gegen eine eigene Titelgruppe, weil damit sich gegenüber anderen Maßnahmen der Jugendarbeit eine Präferenz ausdrücke und die Gleichwertigkeit gefährdet werde. SPD und Grüne folgten diesem Ansinnen nicht und setzten sich gegen das Votum der Union mit ihrem Ansinnen durch, zur Förderung der Schwulen- und Lesbenarbeit 1,4 Millionen sowie für Projekte antischwuler Gewalt 200 000 Mark vorzusehen.

Kontrovers auch die Debatte um die Förderung der innovativen Jugendarbeit. Während die CDU meinte, hier reichten die im Landesjugendplan aufgeführten Maßnahmen aus, unterstrichen SPD und Grüne ihre Absicht, die Tendenz zur Förderung innovativer Projekte durch Erhöhung des Ansatzes um eine auf 2,55 Millionen zu verstärken.

Das von der CDU bemängelte Fehlen von Deckungsvorschlägen für die Erhöhungsanträge von SPD und Grünen wurde von den Koalitionspartnern eingeräumt und mit der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit begründet; es sei aber davon auszugehen, daß die Deckung „bis auf den letzten Pfennig durchgerechnet“ sei und nicht aus dem Bereich des Einzelplans 07 erfolgen solle.

## 35 Millionen mehr für Wohnungs- und Städtebau

### CDU rät: Wohngeld bargeldlos überweisen So könnte eine Menge Geld gespart werden

Einen um 30 Millionen Mark höheren Ansatz bei den Städtebauförderungsmitteln sowie fünf Millionen Mark mehr für das Programm „Rationelle Energienutzung“ beschloß der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen unter Vorsitz von Adolf Retz (SPD) zum Abschluß der Haushaltsberatungen 1996 am 28. Februar. Diese Anträge wurden von den Koalitionspartnern von SPD und GRÜNEN eingebracht und einstimmig bei Nichtmitwirkung der CDU, die das Beratungsverfahren bemängelte, so beschlossen. Weitere Änderungen am Haushalt der Städtebauministerin und des Wohnungsbauministers sowie im Bereich der Allgemeinen Finanzverwaltung erfolgten nicht. Die von der CDU-Opposition eingebrachten Änderungsanträge konnten keine Mehrheit finden.

Im einzelnen hatte die CDU beantragt:

#### Zeche Rhein/Elbe

Der Ansatz von 4 551 000 Mark und die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 483 000 Mark werden gestrichen.

Begründung: Ein eigenes Fortbildungszentrum für das Ministerium für Bauen und Wohnen ist nicht zu rechtfertigen. Fortbildungsangebote und -einrichtungen sind in NRW ausreichend vorhanden. Die Folgekosten sind nicht zu vertreten. Das Gebäude soll durch einen privaten Investor genutzt werden.

#### Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen

Der Einnahmetitel in Höhe von 2 180 000 Mark wird um acht Millionen Mark auf 10 180 000 Mark erhöht.

Begründung: Das Land ist nach Titel 121 00 mit rund 230 Millionen Mark an verschiedenen Gesellschaften beteiligt. Die größte Beteiligung besteht bei der LEG Landesentwicklungsgesellschaft NRW GmbH, Düsseldorf. Für 1996 muß sich die Beteiligung des Landes zumindest mit über vier Prozent verzinsen. Bereits 1995 wurde mit einer solchen Verzinsung seitens der Regierungsfraktion gerechnet.

#### Zuschüsse an die Wohnungsbauförderungsanstalt

Der Ansatz von 569 380 000 Mark wird um 86 800 000 DM auf 656 180 000 Mark erhöht.

Begründung: Zur Verstärkung der Eigentumsförderung werden in 1996 zusätzliche 2 200 Wohneinheiten im 2. Förderweg mit einem durchschnittlichen Darlehen von 40 000 Mark pro Wohneinheit gefördert. Förderungsfähig sind junge Familien — auch ohne Kinder —, die die Einkommensgrenze des §25 II. WoBauG um bis zu 40 Prozent überschreiten.

#### Überweisungsgebühren Wohngeld

Der Ansatz von 1 800 000 Mark wird gestrichen.

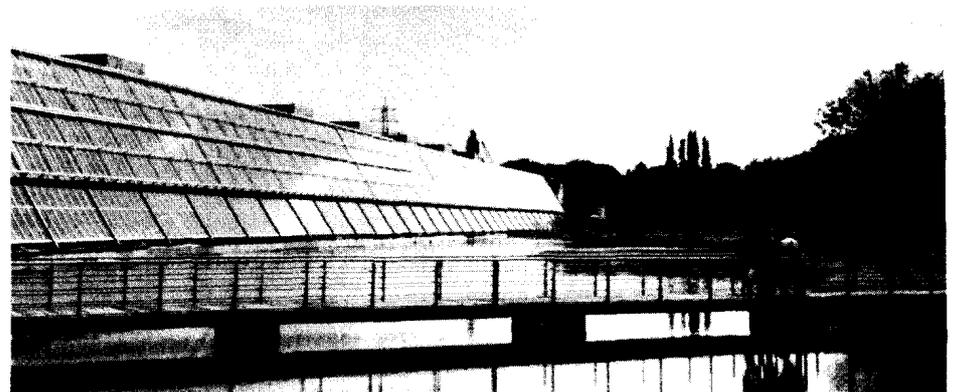
Begründung: Barauszahlungen durch die Post werden durch bargeldlose Überweisungen ersetzt. Die Koalition hielt dem entgegen, daß damit Menschen vom Wohngeldbezug praktisch ausgeschlossen würden, die entweder kein Bankkonto haben oder aus irgendwelchen Gründen keine Überweisung wollten.

#### Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung

Die Gesamtausgaben werden von 7 485 000 Mark um 2 485 000 Mark auf fünf Millionen Mark gekürzt.

Begründung: Das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung betreibt Landes- und Stadtentwicklungsforschung im Rahmen interdisziplinärer Zusammenarbeit. Das Institut ist im letzten Jahr mit dem Ziel umstrukturiert worden, praxisnähere und anwendungsorientierte Grundlagen und Entscheidungshilfen für die Landes-, Regional-, Stadtentwicklungs- und Verkehrsplanung zu erarbeiten. Um das Institut noch effizienter und wettbewerbsfähiger zu gestalten, wird eine Budgetierung eingeführt. Das Institut wird angehalten, über Drittmittelnutzung die Institutsfinanzierung mit zu gewährleisten. Darüber hinaus werden analog der sonstigen Grundlagenforschung in den Forschungseinrichtungen des Bundes verstärkt Zeitverträge abgeschlossen.

Nach Abschluß der Haushaltsberatungen erläuterte Bauminister Dr. Michael Vesper (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) das 96er-Wohnungsbauprogramm und die vorgesehenen Änderungen bei den Förderungsbestimmungen. Weiter stand noch ein Bericht von Städtebauministerin Ilse Brusis (SPD) zur Stadtlogistik auf der Tagesordnung.



Der Wissenschaftspark auf dem Gelände der ehemaligen Zeche Rhein/Elbe in Gelsenkirchen-Ückendorf (unser Bild) ist eines der Vorzeigeobjekte im Rahmen der IBA Emscherpark, mit dem der Strukturwandel im Revier demonstriert werden soll. Die CDU hält ein millionenschweres Fortbildungszentrum auf diesem Gelände für nicht zu rechtfertigen. Foto: Kamp

## **CDU will schnellere EDV-Einführung bei der Justiz**

### **Alternative Sanktionsformen werden mit zusätzlichen Etatmitteln ausgestattet**

*Wegen der kurzfristigen Vorlage einer Vielzahl von unbegründeten Anträgen, so die Sprecherin der CDU-Fraktion, beantrage sie die Vertagung der Abstimmungen über den Einzelplan 04 – Justizministerium –. Robert Krumbain-Neumann, Sprecher der SPD-Fraktion, verwies auf die enge Terminlage und erklärte seine Bereitschaft, alle Fragen und Begründungen zu den Anträgen nachzuliefern; sollte die CDU aufgrund der mündlich vorgetragenen Begründungen nicht in der Lage sein, sich zu einem Antrag zu entscheiden, bliebe immer noch die Möglichkeit, im Haushalts- und Finanzausschuß eine Korrektur zu versuchen. Kurzfristige Änderungsanträge zu Gesetzentwürfen sei parlamentarische Praxis, so Roland Appel, Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es sei im übrigen richtig, daß die Koalitionsfraktionen im Bereich Wirtschaft noch einige Probleme klären müßten und es dort deshalb zu einer Vertagung gekommen sei. Der Gesamthaushalt sei aber dadurch nicht in Frage gestellt.*

Die CDU-Fraktion zeigte sich sehr enttäuscht über die Haltung der Koalitionsfraktionen, die den Antrag auf Vertagung ablehnten. Es sei arrogant und anmaßend, so Maria Theresia Opladen (CDU), die Chance nicht zu nutzen, gemeinsam zu Überlegungen zu kommen, den vielen Problemen im Bereich der Justiz zu begegnen. Die CDU-Fraktion beteiligte sich nicht mehr an den Haushaltsberatungen und verließ den Sitzungssaal.

Ausschußvorsitzender Gunther Sieg (SPD) stellte vor Aufruf der Änderungsanträge noch einmal fest, daß alle Fraktionen erst am Tag vor der Sitzung ihre Änderungsanträge eingebracht haben, was während der Haushaltsberatungen durchaus nicht ungewöhnlich sei.

Angenommen wurde ein Antrag der Koalitionsfraktionen, nach dem zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, um im Rahmen eines wissenschaftlichen Gutachtens über die Straffälligen- und Entlassenenhilfe deren Perspektiven für die Arbeit der folgenden Jahre untersuchen zu können. Die CDU-Fraktion lehnte diese Analyse angesichts der finanziellen Belastung des Landeshaushalts als zweifelhaft ab und stellte einen entsprechenden Kürzungsantrag.

Um die Einführung der EDV im Justizbereich zu beschleunigen, hat die CDU-Fraktion eine Aufstockung der Mittel um über zehn Millionen Mark beantragt. Diese Mittel sollten insbesondere für bauliche Maßnahmen bereitgestellt werden und die Ausstattung von Arbeitsplätzen mit EDV-gerechtem Mobiliar sicherstellen. Die SPD-Fraktion begrüßte im Grundsatz die Absicht, die Einführung von EDV zu beschleunigen, um auch damit zu einer Entlastung im personellen Bereich zu kommen. Robert Krumbain-Neumann (SPD) wies darauf hin, daß bereits im Regierungsentwurf die Mittel um bis zu 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht wurden. Es sei zum jetzigen Zeitpunkt der Diskussion nicht sinnvoll, zusätzliche Mittel einzusetzen. Man sei aber willens, schnell zu einem vernünftigen Einsatz der EDV zu kommen. Roland Appel (GRÜNE) warnte aufgrund der Erfahrungen in anderen Bereichen davor, die Mittel für die EDV aus kw-Stellen erwirtschaften zu wollen. Der Abbau von Personal sei immer erst dann möglich, wenn EDV vollständig eingeführt sei.

Angenommen wurde ein Antrag, die Zuschüsse an die freien Träger der Straffälligenhilfe um insgesamt 1,3 Millionen Mark zu erhöhen.

Um das Institut der gemeinnützigen Arbeit Straffälliger entsprechend dem Koalitionsvertrag auszubauen, wird ein neuer Titel im Einzelplan 04 mit dem Ansatz von 500 000 Mark eingebracht. Die antragstellenden Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hoffen, mit dieser Sanktionsmöglichkeit zu einer spürbaren Entlastung im vollzuglichen Bereich zu kommen.

Eine spürbare Unterstützung sollen auch die freien Träger des Täter-Opfer-Ausgleiches erhalten; der Ansatz wird fast verdoppelt und soll den Trägern helfen, diesen, so der Sprecher der Grünen, sinnvollen Weg einer alternativen Sanktionsform ausbauen zu können.

Neu eingesetzt wird auf Antrag der Koalitionsfraktionen auch ein Titel, aus dem für Abschiebehäftlinge nach einer gewissen Zeit der Verwahrung in einer Abschiebehäftanstalt ein Rechtsbeistand finanziert werden soll. Die dafür notwendigen Richtlinien werden derzeit in Zusammenarbeit zwischen Justizminister und Innenminister erarbeitet; der Ansatz von 2,5 Millionen Mark soll ein Vorgriff auf dieses Konzept darstellen.

Abgelehnt wurde ein Antrag der Fraktion der CDU, mit dem unter anderem zwei baden-württembergische Gesetzentwürfe mit dem Ziel zur Verbesserung der Bekämpfung der organisierten Kriminalität unterstützt werden sollen. Die SPD-Fraktion wies darauf hin, daß bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität in erster Linie

### **Ausschuß öffentlich**

Im öffentlichen Teil seiner Sitzung am 8. Februar hat der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung (Vorsitzende Ingrid Fitzek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) den CDU-Antrag „Den Hochschulstandort NRW für den Wettbewerb in Europa stärken: Mehr Eigenverantwortung und weniger Staat an den nordrhein-westfälischen Hochschulen“ (Drs. 12/573) gegen das Votum der antragstellenden Fraktion abgelehnt.

★

Der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie (Vorsitzender Erich Heckelmann, SPD) hat am 29. Februar den CDU-Antrag „Familienbildung stärken und ausbauen“ (Drs. 12/560) abschließend beraten und in öffentlicher Sitzung mit den Stimmen von SPD und Grünen, bei Gegenvotum der CDU, abgelehnt.

### **Zwei Prüfungstermine erscheinen sinnvoll**

Das Land stellt nur einmal jährlich Lehramtsanwärterinnen und -anwärter in den Vorbereitungsdienst ein. Dadurch sind Wartezeiten bedingt. Darauf verweist Schulministerin Gabriele Behler (SPD) in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Wilhelm Riebinger, der hatte wissen wollen, ob sich ein schnelles Lehramtsstudium noch lohne. Frau Behler macht indessen deutlich, unabhängig davon seien jährlich zwei Prüfungstermine sinnvoll, um den ohnehin sehr großen Prüfungsaufwand für alle Beteiligten soweit wie möglich erträglich zu machen. Die Einrichtung eines weiteren Einstellungstermins würde aber einen erheblichen finanziellen Mehraufwand, zum Beispiel durch die Einrichtung von neuen Seminaren bedingen, der angesichts der Haushaltslage des Landes in absehbarer Zeit nicht zu leisten sei (Drs. 12/608).

der Bundesinnen- und der Bundesjustizminister gefordert sind, um das Abhören und die Bildaufzeichnungen in privaten Räumen rechtlich abzusichern. Wenn es zu einer solchen Verfassungsänderung kommen sollte, so Robert Krumbain-Neumann (SPD), muß in jedem Fall aus Sicht der SPD sichergestellt sein, daß entsprechende Verfahren der Kontrolle der Legislative unterworfen werden. Auch die Grenzen und Modalitäten der Einziehung von Vermögen müssen noch verhandelt und bundesgesetzlich geregelt werden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnt jede Art von Lauschangriff als weitgehenden Eingriff in die Grundrechte eines Menschen ab. Sie könne sich auch nicht damit einverstanden erklären, daß vor Rechtskraft eines Urteils Vermögen eingezogen werden soll.

Der Justizminister des Landes, Dr. Fritz Behrens (SPD), unterstützte die Einschätzung der beiden Fraktionen und sah derzeit keine Veranlassung, zusätzlich tätig zu werden. Der Antrag Baden-Württembergs werde im Bundesrat diskutiert, man warte gespannt auf bundesgesetzliche Initiativen. Abgelehnt wurde schließlich von den Koalitionsfraktionen der Antrag der CDU-Fraktion, die Vollzugsämter aufzulösen. Die CDU-Fraktion hatte bereits im Vorgriff auf diese durch die Kienbaum-Organisationsuntersuchung angeregte Auflösung der Vollzugsämter bei den Haushaltsberatungen die entsprechenden Stellen kw stellen wollen. SPD und Grüne waren sich einig, daß den Vollzugsämtern eine neue Bedeutung gegeben werden muß. Sie hielten es aber nicht für vertretbar, noch vor der Entscheidung der Landesregierung über die Umsetzung des Gutachtens im parlamentarischen Raum die Auflösung zu verlangen. Ausschußvorsitzender Gunther Sieg (SPD) kündigte an, daß der Ausschuß im April eine Sitzung beim Oberlandesgericht in Hamm durchführen möchte, um den dortigen Bediensteten und der Generalstaatsanwaltschaft die Möglichkeit zu geben, ihre Sorgen und Probleme vorzutragen.

## Anhörung Nachtflugbeschränkungen Flughafen Köln/Bonn

### „Ohne den Nachtsprung geht es nicht!“

Eberhard Garnatz (IHK Köln) begründete Frachtflüge auch mit der Notwendigkeit, Ersatzteile für teure deutsche Maschinen pünktlich und schnell zu liefern. Deutsche Produkte höchster Wertschöpfung müßten im Nachtsprung zu den Kunden gebracht werden. Rechnungen von Unternehmern seien unerbittlich, wenn sich Standorte als günstiger herausstellten.

J.H. Beckers (Bundesvereinigung gegen Fluglärm) widersprach der Annahme, in die Bonusliste kämen nur Flugzeuge, die weniger laut als der Durchschnitt des Kapitel 3 seien. Dieses Ziel werde gar nicht angestrebt. Beim Übergang auf Großflugzeuge werde der Lärm gewaltig gesteigert. Die deutschen Schutzmaßnahmen seien viel zu gering. Der Schutz der Gesundheit habe Vorrang vor direkten Interessen der Fluggesellschaften. Der zweite Redner Helmut Breidenbach hielt 34 000 Nachtflugbewegungen, in der Spitze 130 Flugzeuge im Zwei- bis Vierminutenabstand für einen erbärmlichen Rekord. Die angestrebte zweistündige Kernruhezeit sei zu wenig. Die Logistik der Integrators dürfe nicht einziges Kriterium sein. Der Verkehrsminister beuge sich dem Druck von TNT. Das sei „Verkehrspolitik“. Ängste der Arbeitnehmer sollten nicht gegen die Anwohner ausgespielt werden.

Bürgermeister Horst Schöpe (Lohmar) berichtete, Mitte der 80er Jahre habe der Flughafen die Marktlücke entdeckt und massiv Firmen für den Nachtflug angeworben. Beschwerden hätten sich gehäuft. Zehn Resolutionen der Stadt seien ohne Erfolg geblieben. Schallschutzfenster seien keine Lösung. Horst Becker (Lohmar) hielt die Anhörung für einseitig. Mediziner fehlten, ebenso Betroffene. Der Lärm sei nach der letzten Nachtflugregelung beweisbar lauter geworden. Die Grenze von 55 Dezibel am Ohr des Schlafers sei im Sinne des Grundrechts auf körperliche Unversehrtheit einzuhalten. Das Fensterprogramm zwingt die Bürger zu erheblichen Zuzahlungen.

Die ersten Fragen der Abgeordneten beinhalteten Zweifel an der Qualität von bedrohten Arbeitsplätzen (Heinz Hunger, SPD), Chancen für einen Interessenausgleich (Heinz-Helmich van Schewick, CDU),

*Rund fünfeinhalb Stunden dauerte die vom Vorsitzenden Manfred Hemmer (SPD) geleitete Anhörung des Verkehrsausschusses zum Thema „Nachtflugbeschränkungen auf dem Flughafen Köln/Bonn am 14. Februar. Fluglärmgegner beklagten die Zunahme des Nachtverkehrs, Betriebsräte die Gefahr von Arbeitsplatzverlusten durch die Forderung einer Kernruhezeit. Vertreter von Frachtflugunternehmen und Experten der Flugsicherung gaben offen und ausführlich Einblick in die Geschäfts- und Verkehrsbedingungen des heutigen weltweiten Frachtflugs: für den Verkehrsausschuß nichts Neues, für die Öffentlichkeit in mancher Hinsicht erstaunlich. Die Firmensprecher befürchteten erhebliche Nachteile für die gesamte regionale NRW-Wirtschaft, wenn das von ihnen aufgebaute Logistik-System gestört werde.*

Genehmigung kommunaler Bepflanzungspläne in Einflugschneisen (Walter Bieber, SPD), Abhilfe durch die 75-Dezibel-Forderung der CDU, die von den Grünen geforderte Kernruhezeit oder sonstige Vorschläge (Gisela Nacken, GRÜNE), Inanspruchnahme des Schallschutzprogramms (Gerhard Wächter, CDU), Anpassung der Bonusliste an den Stand der Technik (Peter Eichenseher, GRÜNE).

Aus den Antworten: 2 500 Arbeitsplätze seien mit dem Umladen verbunden, dazu kämen 5 000 durch Dienstleistungen; viel wichtiger sei jedoch die wirtschaftliche Existenz der Industriebetriebe, die auf schnelle Fracht angewiesen seien; zum Interessenausgleich trügen bei: Ausbau des passiven Lärmschutzes, Verzicht auf Wohnungsbau in Einflugschneisen, Feststellen von „Übeltätern“ (Garnatz, IHK). Bei Überschreiten der Umweltkapazität solle es mehr aktiven und passiven Lärmschutz geben, zum Beispiel ein Kapitel-2-Verbot und Umsiedlungen, ein besseres Flugmanagement, Einprogrammieren der Idealkurve (Beckers, Fluglärmgegner). Der Schallschutz werde im Sommer als unzumutbar empfunden (Becker, Lohmar).

Zwischen der aus Kostengründen zentral verlagerten An- und Abflugkontrolle und Fluglärmvermeidungen gebe es keinen Zusammenhang, führte für die Deutsche Flugsicherung GmbH deren Sprecher Andreas Angenedt aus. Bei der Nachtverkehrsabwicklung hätten Sicherheit und Lärmschutz Vorrang vor Wirtschaftlichkeit. Steilstart sei nur bei lauten Flugzeugen (Kapitel 2) vorteilhaft. Für die neue Generation werde Schnellstart bevorzugt.

Als Vorsitzender der (gesetzlich vorgeschriebenen) Fluglärmkommission und

als Gemeindedirektor von Rösraht erklärte Manfred Wolfgramm, Vorschläge der Kommission seien aufgegriffen und umgesetzt worden. Eine Kernruhezeit wäre kontraproduktiv, wenn zuvor und danach erheblich mehr An- und Abflüge stattfänden. Die optimale Abflugroute sei zweimal korrigiert worden. Außer den genannten Maßnahmen halte die Kommission eine Halle für Triebwerksprobeläufe, die Gebührenstaffelung nach Lärmrelevanz, Aufzeichnen der ordnungswidrigen Abflüge, Umrüsten und Ausmüsten von Fluggerät für vordringlich.

Die Transportleistung im Luftfrachtverkehr werde sich bis zum Jahr 2003 etwa verdoppeln, sagte Dieter Wilken (Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt). Die Prognose gelte allerdings nicht konkret für den Flughafen Köln/Bonn. Nur bei europaweitem Nachtflugverbot werde die Wirtschaft auf die Vorteile des garantierten Über-Nacht-Verkehrs verzichten. Lärminderungen ließen sich bei den Umströmungsgeräuschen erzielen. Die Triebwerksemissionen seien bereits drastisch reduziert worden. Dr. Wilhelm Wolters (Fraunhofer-Institut für Materialfluß und Logistik) sah auch künftig die Nachfrage nach kurzen Logistik-Zeitfenstern und Transport-Sammelknoten als gegeben an.

Nach einer weiteren eingehenden Befragung durch die Abgeordneten erklärte Dr. Dietmar Kahlitz (TNT Expreß Worldwide GmbH), sein Unternehmen habe 500 Millionen Mark in leises Fluggerät investiert. Transporte nach NRW machten 15 Prozent des TNT-Gesamtumsatzes (zwei Milliarden Mark) aus. Als Integrator biete TNT ein Systemhaus mit eigenen regionalen und globalen Netzwerken an. Der Kölner Hub sei



Um Interessenausgleich zwischen fluglärmgeschädigten Anwohnern und Flughafen-Arbeitnehmern bemüht waren Sachverständige und Politiker bei der Anhörung des Verkehrsausschusses, die Manfred Hemmer (SPD, Mitte) leitete; auch Verkehrsminister Wolfgang Clement (r.) hörte zu. Fotos: Schälte

zentraler Sammelpunkt aller europäischen und nordamerikanischen Anbindungen. Zur Expreß-Dienstleistung gebe es keine Alternative. Eine Kernruhezeit würde zur Verdichtung der Nachtflüge und zu Wettbewerbsnachteilen bei den Kunden führen. Von ähnlichen Geschäftsgrundlagen und von einer der Firma aufgezwungenen Vertreibungsdiskussion berichtete Kay-Olaf Mühle (United Parcel Service). Durch leiseres Fluggerät, Optimierung des An- und Abflugverhaltens, Pilotenschulung und ständige Lärmwertekontrolle habe UPS den Belangen der Region Rechnung getragen. Künftig höhere Frachtaufkommen bedeuteten nur eine geringe Zunahme der Flugbewegungen.

Als leidgeprüftes NRW-Unternehmen stellte dessen Sprecher Böhnke die WDL vor: von Mülheim vertrieben, in Düsseldorf gefährdet. Auf Nachtflugbeschränkung in Köln/Bonn solle mindestens bis zum Jahr 2015 verzichtet werden. Für Lufthansa Cargo hob deren Sprecher Gisbert Arzt die zentrale Lage, das Wetter, die Infrastruktur, das Know-how, Autobahn- und geplante Schienenanbindung von Köln/Bonn hervor. Vom Hub ab Februar 1995 profitiere auch die Region. 70 Arbeitsplätze seien bei Lufthansa entstanden, zahlreiche bei Produzenten gesichert.

Für die Deutsche Post AG erläuterte der Sprecher Jürgen Weith das E-plus-1-System, von dem NRW bei einer Kernruhezeit abgeschnitten würde.

Abschließend erhielten die Betriebsräte Armin Schlesinger, Bernd Fuhrmann, Stephan Buch und Dirk Franzkowiak für die Carrier und den Flughafen das Wort. Einige Zitate: „Arbeit ist heute Mangelware geworden“ (Schlesinger). Arbeitsplätze am Flughafen seien nicht nur Gelegenheitsjobs, sondern teils hochqualifiziert. „Hilfsarbeiter sind das nicht, sondern Arbeitnehmer mit viel Verantwortung und spezieller Ausbildung, Angestellte mit Verträgen über 20, 25, 30 oder 39 Wochenstunden“ (Fuhrmann). „Schon die Diskussion über ein Nachtflugverbot oder Kernruhezeit sorgt für erhebliche Unruhe unter den Kollegen“ (Buch). „Unsere Mitarbeiter im Nachtflugbereich erholen sich am Tag. Ist der Tag lärmarm?“ (Franzkowiak).

„Wenn wir den Nachtflug verlieren, wird ein scheinender Erosionsprozeß einsetzen. Niemand hat mehr Vertrauen“, sagte abschließend Flughafendirektor Heinz Gombel. Obergrenzen wie in Düsseldorf seien ein Schildbürgerstreich.

Zwei Wochen nach der Anhörung wurde die beabsichtigte Verlagerung der Firma TNT nach Lüttich mitgeteilt.

## Was so alles befördert wird

*„Zu unserer Produktlinie: ganz einfach alles, was in einen A4-Briefumschlag paßt bis zu einer Größe, die wir gemeinhin als Paket kennen. Wir nehmen im Unterschied zu Lufthansa und auch zu TNT nicht so gern Fracht mit, weil das historisch nie unser Geschäft gewesen ist. Wir haben seit 1976 in Deutschland einen Bodenpaketdienst, unser Kerngeschäft kommt daher. Wir transportieren, wenn der Kunde die Dinge so verpacken kann, alles, was nicht ausschließenden Richtlinien — Gefahrgut und ähnliches — unterliegt: Dokumente, Papiere, Schecks, die morgen vormittag in der Wallstreet in New York zugestellt werden — das macht als Marktführer in diesem Bereich DHL aus Brüssel —, medizinische Ersatzteile; wir haben auch einen Kraftfahrzeughersteller, der in Bochum und in Rüsselsheim ansässig ist, von denen wir abends um 19 Uhr abholen und garantieren, in alle Produktionsstätten in Europa — in Luton, Saragossa und Skandinavien — am nächsten Morgen um 7 Uhr zuzustellen; Computer, EDV, Ausstellungsmaterialien, insbesondere Zeichnungen, Unterlagen, Prospekte. Sehen Sie in den Katalog der gesamten Außenhandelswaren, die in diese Größenordnung hineinpassen — das transportieren wir!“ (Mühle, ups)*

*„Im Umschlag-Hub sind es vorwiegend Elektronik, Ersatzteile, Warenmuster, Dokumente, aber auch lebenswichtige Organe oder Blutkonserven. In der Region Nordrhein-Westfalen ausladend und einladend sind es zusätzlich Pharmazeutika, Chemie, Unterhaltungselektronik, Autoindustrie, Medienbranche und Kunstgegenstände; die Bundeskunsthalle Bonn oder das Museum Ludwig sind mit dabei.“ (Arzt, Lufthansa Cargo)*



Wachablösung bei der Landesverkehrswacht: Der neue Präsident Heinz Hardt (r), Mitglied des Verkehrsausschusses, zeichnete den Vorsitzenden des Verkehrsausschusses Manfred Hemmer (SPD) (2. v. r.) mit der silbernen Ehrennadel der Landesverkehrswacht für seine besonderen Verdienste um die Verkehrssicherheit im Lande aus. Bildmitte: Kurt Dreist, 21 Jahre lang Präsident der Landesverkehrswacht mit einem Geschenk des Landtags für jahrzehntelange gute Zusammenarbeit. Walter Melchers vom Innenministerium (2. v. l.) erhielt die goldene Ehrennadel für seine langjährige aktive und erfolgreiche Tätigkeit im Beirat der Landesverkehrswacht, daneben der geschäftsführende Direktor Jörg Hütter. Foto Wiechert

## Kommunal Finanzen

### Anhörung II

#### „Einwohnerveredelung nach Gemeindegröße nicht immer richtig“

*In der Anhörung des Ausschusses für Kommunalpolitik zum IFO-Gutachten zur Reform des kommunalen Finanzausgleichs am 7. Februar gaben die Sprecher der kommunalen Spitzenverbände unterschiedliche Stellungnahmen ab. Während der NRW-Städtetag die Reformvorschläge für einen vertretbaren Kompromiß hält und deren Umsetzung noch im Haushaltsjahr 1996 fordert, protestierte der NRW-Städte- und Gemeindebund gegen Nachteile für kreisangehörige Städte und den ländlichen Raum. Nachstehend Schluß des Berichts aus der vorigen Ausgabe, der mit Antworten auf die Fragen der Abgeordneten endete.*

Zu weiteren Stellungnahmen erhielten als Praktiker die Duisburger Stadtdirektorin Monika Kuban, Kämmerer Hans-Jakob Muckes (Frechen), Stadtdirektor Heinz-Peter Drensek (Herne) und der Bonner Stadtkämmerer Dr. Ludger Sander das Wort. Auf Dauer sei das IFO-Modell kein ausreichender, gegenwärtig jedoch ein vertretbarer Kompromiß, so lautete der Tenor einiger Stellungnahmen und: Es müsse beim Gesamtpaket bleiben, „Rosinenpickerei“ dürfe es nicht geben.

Dr. Martin Junkernheinrich (Institut für Wirtschaftsforschung Halle/Saale) vermißte Systematik im NRW-Finanzausgleich. Einerseits würden über Jahre subventionierte Zuschußbedarfe fortgeschrieben. Andererseits würden originäre Bedarfe (Schüler, Arbeitslose) erfaßt, zentralörtliche Funktionen wiederum nicht. Es fehle die kritische Bedarfsanalyse.

Professor Friedel Brückmann (Wittenberg) hielt die an der Gemeindegröße orientierte „Einwohnerveredelung“ für unangemessen. In einer Vergleichstabelle stellte er dar, daß die „Veredelung“ in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich verlaufe. Die Bedarfsermittlung nach Ist-Ausgaben honoriere die Ausgabenfreudigkeit. Die Kappung der Hauptansatzstapel für Köln sei nicht ausreichend begründet, ebensowenig die 25 000-Einwohner-Grenze für die Einheitlichung der Lebensverhältnisse.

Dr. Peter Stegellmann, Erster Beigeordneter der Stadt Greven, sah im einheitlichen Hebesatz eine Bestrafung der Wirtschaftsförderung für kleine und mittlere Unternehmen im ländlichen Raum. Dadurch würden Arbeitsplätze gefährdet. Insgesamt genüge das Gutachten dem Auftrag des Verfassungsgerichtshofs nicht. Das gelte auch für den Vorschlag des Arbeitskreises Kommunalpolitik der SPD-Fraktion vom 30. Januar. Der ländliche Raum dürfe finanziell nicht ausgeblutet werden.

Nach weiteren Fragen aus den Reihen der Abgeordneten dankte Vorsitzender Hofmann den Sachverständigen für die eingehende Prüfung der Reformvorschläge und die Stellungnahmen, die in die weiteren Beratungen der Fraktionen einbezogen würden. Das gelte auch für zahlreiche, dem Ausschuß vorliegende Zuschriften aus weiteren Kommunen.

## Petitionsausschuß schloß sich Empfehlung aus dem Bundestag nicht an

# Noch weiter verschärftes Nachtflugverbot würde den Zielsetzungen der NRW-Politik zuwiderlaufen

Der Petitionsausschuß des Landtags hat sich nicht einer Empfehlung des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages angeschlossen, die Nachtflugregelung am Flughafen Düsseldorf zu verschärfen und damit auf die Forderung eines Petenten aus Duisburg Rheinhausen einzugehen. Der Mann hatte bereits 1994 in einer Petition an den Landtag darauf hingewiesen, daß sein Haus in Rheinhausen unterhalb der Abflugstrecke DL 2 und DL 3 des Flughafens Düsseldorf liege mit den Flugzielen Berlin, Hamburg, Skandinavien, England sowie Flughäfen in osteuropäischen Staaten. Als Grund für unzumutbare Belastung in seinem Wohngebiet gab der Petent eine Zunahme der Flüge um das Vierfache seit 1980 sowie einen flacheren Anstieg der Flugbewegungen aus Gründen der Flugsicherung ab Düsseldorf an.

Der Petitionsausschuß des Bundestages hatte als kurzfristige Maßnahme eine deutliche Ausweitung des Nachtflugverbots für den Verkehrsflughafen Düsseldorf ins Auge gefaßt. Der Bevölkerung des Umlandes sollte wenigstens in der Zeit zwischen 19 und 7 Uhr eine ungestörte Ruhezeit gewährt werden. Zuständig hierfür sei allerdings laut Luftverkehrsgesetz das Land Nordrhein-Westfalen, das insoweit im Auftrage des Bundes handle. Die Frage eines verschärften Nachtflugverbotes werde mithin von Land und Bund nochmals zu prüfen sein, wobei der Bund und damit der Bundesminister für Verkehr eine Mitverantwortung trage. Der Petitionsausschuß des Bundestages hatte ferner eine Erhöhung der Attraktivität des Verkehrsflughafens Köln/Bonn und eine Schienenanbindung dieses Airports sowie ein Kooperationsabkommen mit dem Flughafen Düsseldorf in Betracht gezogen. Weitere Vorschläge des Petenten zur Begrenzung des Luftverkehrs ab Düsseldorf wollte er aus rechtlichen Gründen allerdings nicht unterstützen. Die gewünschte Verlagerung der Abflugstrecke über Rheinhausen würde lediglich zu entsprechenden Belastungen anderer Wohngebiete führen.

In der Begründung vom Oktober 1995 heißt es weiter, Verkehrsverbote für lautstarke sogenannte Kapitel 2-Flugzeuge wären mit internationalen Abkommen nicht vereinbar. Ein nationaler Alleingang sei hier nicht zulässig. Eine Erhöhung der Landegebühren und eine Verminderung der Zahl der Slots, sogenannter Zeitnischen für Start- und Landevorgänge lasse sich rechtlich nicht mit dem Ziel einer Verminderung des Fluglärms begründen und würde vor Gericht keinen Bestand haben. Im Beschluß des Petitionsausschusses des Landtages, für den die CDU-Abgeordnete Anne-Hanne Siepenkothen als Berichterstatterin zeichnet, wird darauf ver-



Die neue Präsidentin des Landesrechnungshofes Nordrhein-Westfalen, Ute Scholle, hat dem Landtag einen Antrittsbesuch abgestattet und ist von Landtagspräsident Ulrich Schmidt empfangen worden. Foto: Schälte

wiesen, daß der Ausschuß die Einschätzung der Landesregierung teile, wonach die Verschärfung der Nachtflugregelung durch Ausdehnung in die Tagzeiten am Flughafen Düsseldorf mit ihren zu erwartenden negativen Auswirkungen, insbesondere auf den Arbeitsmarkt, den Zielsetzungen der Wirtschaftspolitk zuwiderlaufen würde; den Bestrebungen, den Wirtschaft- und Lebensstandort Nordrhein-Westfalen zu sichern, würde schwerer Schaden zugefügt. Da bereits über 90 Prozent der am Flughafen Düsseldorf verkehrenden Strahlflugzeuge der strengsten Lärmzulassungskategorie ICAO Annex 16, Kapitel 3, angehörten, werde keine Notwendigkeit zu weiteren Verboten für diese Flugzeuge gesehen, dies auch im Hinblick auf die bestehenden umfassenden Regelungen für aktive und passive Lärmschutzmaßnahmen. Für einen Flughafen seiner Bedeutung seien die geltenden restriktiven Flugbetriebsbeschränkungen in Düsseldorf im internationalen Vergleich ohnehin einmalig. Der Petitionsausschuß sei der Auffassung, daß mit den geltenden Regelungen sowohl den verkehrs- und strukturpolitisch notwendigen Entwicklungen als auch den berechtigten Forderungen der Flughafenanwohner nach möglichst weitgehendem Schutz vor Fluglärm in hinreichendem Maße Rechnung getragen werde. Er könne sich deshalb der Empfehlung des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages nicht anschließen.

## Tragik um Eigenheim

Der Stadtdirektor der Stadt Ahaus wird angesichts der persönlichen Situation der Petentin den Abriß ihres alten Wohnhauses nach Fertigstellung des Ersatzwohnhauses auf einem Grundstück in Ahaus vorerst nicht verlangen. Das geht aus dem Beschluß des Petitionsausschusses mit der Ausschußvorsitzenden Bärbel Wischermann (CDU) als Berichterstatterin hervor. Den Kern des Beschlusses aber umreißt der Satz: „Darüber hinaus wird die weitere Nutzung des alten Wohnhauses zunächst stillschweigend geduldet.“

Denn der Fall hat einen tragischen Hintergrund. Die Petentin und ihr Mann hatten ihr neues Eigenheim fertiggestellt. Die Schlußabnahme durch die Stadt Ahaus erfolgte auch mangelfrei, aber mit der Auflage, das alte Wohnhaus abzureißen. Der Ehemann hatte dieses Haus jedoch vermietet, um nicht beim Sozialamt um Unterstützung nachsuchen zu müssen. Der Mietpreis betrug 400 Mark. Zur Familie gehörten noch ein 20jähriger Sohn und eine zehnjährige Tochter. „Mein Mann ist mit alledem nicht fertig geworden“, schrieb die Petentin. Er beging Selbstmord. Das private Geschick trug zum Entgegenkommen bei. Ein Aufwendungsdarlehen soll gewährt werden. Der Borkener Oberkreisdirektor will die Bezugsfertigkeit des Ersatzwohnhauses bescheinigen.

## Kostenerstattung für Pflegebedürftige

Die Kostenerstattung für Pflegebedürftige ist Angelegenheit der Träger der Sozialhilfe. Diese erledigen ihre Aufgaben nach dem Bundessozialhilfegesetz im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung. Darauf weist Gesundheitsminister Axel Horstmann (SPD) in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Daniel Kreutz und Silke Mackenthun (GRÜNE) hin. Die Abge-

ordneten wollen wissen, welche Maßnahmen die Landesregierung ergreifen werde, um eine Schlechterstellung betroffener Menschen nach Einführung der Pflegeversicherung zu begegnen. Horstmann macht deutlich, daß mit der Einführung der Pflegeversicherung auch weiterhin keine Verschlechterung der Position Pflegebedürftiger beabsichtigt wird (Drs. 12/553).

## Erbschaftssteuer

Nach Änderung des Gesetzes über Steuerstatistiken ist die Erbschaftssteuerstatistik letztmalig für das Jahr 1978 durchgeführt worden. Die seit 1980 jährlich anfallenden Verwaltungskosten der Erbschafts- und Schenkungssteuer sind bisher nicht ermittelt worden. Darauf weist Finanzminister Heinz Schlußer (SPD) in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) nach der Anzahl von Erbfällen und dem Erbschaftsvolumen hin. Laut Schlußer sieht die neue Fassung des Gesetzes über Steuerstatistiken wieder alle fünf Jahre eine Bundesstatistik für Erbschafts- und Schenkungssteuer vor. Diese wird in NRW erstmals ab 2002 zu erstellen sein (Drs. 12/525).

## Deponie Laar

Es gebe keine Unterlagen der Landesregierung, die den kommunalen Entscheidungsträgern ausdrücklich nahegelegt hätten, den Bauauftrag für die Deponie Laar nicht zu vergeben. Hierzu wäre die Landesregierung wegen der alleinigen kommunalen Zuständigkeit für die Deponieplanung nicht befugt gewesen. Darauf wies Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) in seiner Antwort auf eine kleine Anfrage einer Gruppe von CDU-Abgeordneten hin (Drs. 12/501).

## Kaum Krebsgefahr

Kaum Krebsgefahr durch Dieselruß. 0,6 mg pro Kubikmeter Luft — das ist die erlaubte technische Richtkonzentration für den untertägigen Nichtkohlenbergbau, welche nach einer umfangreichen Meßreihe vom Institut für Gefahrstoffforschung in Bochum 1990 festgelegt wurde. Der Landesregierung liegen allerdings keine Studien vor, die bei Bergarbeitern ein durch Dieselruß verursachtes Krebsrisiko nachweisen. Das teilt Gesundheitsminister Axel Horstmann (SPD) in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Hans Kern (SPD) mit. Die Wirkung von Dieselruß auf die Gesundheit werde aber seit mehr als zehn Jahren im Medizinischen Institut für Umwelthygiene in Düsseldorf untersucht (Drs. 12/324)

## Tropenholzboykott

Der Boykott von Tropenholz aus Regenwäldern (Bild unten) dient dazu, die Verbraucher in den Industrieländern auf die Folgen ihres „Über-Konsums“ für die weltweiten Ressourcen hinzuweisen. Dies teilt Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Hans Kern nach Gründen des Boykotts mit. Laut Höhn ist die Zertifizierung von Holz aus nachhaltig bewirtschafteten Forstbetrieben grundsätzlich ein geeignetes Mittel, um zum Erhalt der Wälder beizutragen. Verbindliche Kriterien müßten allerdings noch geschaffen werden (Drs. 12/426).



Tropischer Regenwald. Der Raubbau an ihm schadet der Umwelt.

## Neue Triebwagen verkehren leise und abgasärmer

*Eine Kleine Anfrage aus den Reihen der CDU-Opposition und die darauf erfolgte Antwort der Landesregierung schneiden ein grundsätzliches Verkehrsproblem an. Es geht um den Einsatz moderner und leiser Lokomotiven.*

„Unterstützt auch die Landesregierung den raschen Einsatz leiser Lokomotiven auf der Bahnstrecke Bonn—Euskirchen?“ lautet die Anfrage der CDU-Abgeordneten Ilka Keller. Sie berichtet, seit 1995 würden auf der Bahnstrecke Bonn—Euskirchen Züge im 15-Minuten-Takt bis Rheinbach eingesetzt. Aufgrund der extrem hohen Lärm- und Abgasemissionen der auf dieser Strecke verkehrenden völlig veralteten Dieselloks sei es zu vielfachen Beschwerden von Bürgern der an dieser Strecke liegenden Siedlungen gekommen. Darüber hinaus plane die Bahn AG ein neues Basisangebot ab Herbst 1996. Dann sollen die Züge zwischen Bonn und Euskirchen bis in die tiefe Nacht hinein fahren. Es sei davon auszugehen, daß bei solchen Spätverbindungen die Bürger, die angrenzend an der Bahnstrecke wie z. B. in Duisdorf, Rheinbach, Oberdrees oder Odendorf wohnten und schliefen, mitternachts aus dem Schlaf gerissen würden. Die Bahn AG habe zwar zugesagt, leisere und abgasärmere Lokomotiven einzusetzen. Der Zeitpunkt sei allerdings noch völlig ungewiß.

Verkehrsminister Wolfgang Clement (SPD) teilt dazu mit, nach Angaben der Deutschen Bahn AG entsprächen die auf der Strecke Bonn—Euskirchen eingesetzten Lokomotiven hinsichtlich der Abgas- und Geräuschemissionen zwar den gesetzlichen Vorschriften, nicht aber dem Stand der heutigen Fahrzeugtechnologie. Die Landesregierung habe unmittelbar nach Inkrafttreten der Bahnstrukturreform bereits 1994 und 1995 die Beschaffung moderner Dieseltriebwagen durch die DB AG gefördert. Diese Förderung werde die Landesregierung 1996 fortsetzen. Auch auf der Strecke Bonn—Euskirchen sei der Einsatz moderner Nahverkehrstriebwagen vorgesehen. Die neuen Triebwagen würden in Leichtbauweise hergestellt, deutlich energiesparender als die herkömmlichen Garnituren sein und hinsichtlich Lärm- und Abgasentwicklung den neuesten Stand der Technik aufweisen. Für die Anwohner entlang der Strecke bedeute dies in Zukunft wesentlich geringere Belastungen durch Immissionen.

Der Minister erläutert ferner, die DB AG verhandele derzeit mit der Industrie über die Lieferung völlig neu konzipierter Dieseltriebwagen in Leichtbauweise für den Nahverkehr. Wegen der Entwicklungszeiten und Lieferfristen der Industrie könnten diese modernen, lärm- und abgasärmeren Fahrzeuge nicht vor 1997/98 zum Einsatz kommen. Bis dahin werde die DB AG bemüht sein, die Belastungen der Anwohner der Strecke durch betriebliche Maßnahmen in Grenzen zu halten (Drs. 12/721).

## In 21 Städten extern zur Kinderpflege

In 21 Städten des Landes befanden sich 1994 genau 648 Personen in Umschulungsmaßnahmen zur staatlich geprüften Kinderpflegerin und zum Kinderpfleger oder in Vorbereitungskursen auf die Nichtschülerprüfung zu diesem Beruf. Das geht aus der Antwort von Schulministerin Gabriele Behler (SPD) auf eine Kleine Anfrage der SPD-Abgeordneten Renate Drewke hervor. Frau Drewke hatte im Fall externer Ausbildung von staatlich geprüften Kinderpflegerinnen und -pflegern darauf hingewiesen, daß das mit der Ausbildung befaßte Lehrpersonal der berufsbildenden Schulen zusätzlich auch die Prüfung dieser extern Ausgebildeten durchführen müsse, was einen zusätzlichen zeitlichen und organisatorischen Aufwand darstelle. Die Ministerin erläutert, die Bewerberinnen und Bewerber für die Nichtschülerprüfung stellten bei der für ihren Wohnsitz zuständigen Bezirksregierung den Antrag auf Zulassung zur Prüfung. Mit der Zulassung werde dem Antragstellenden die für die Abnahme der Prüfung zuständige Schule benannt. Die Bezirksregierung berücksichtige bei der Zuweisung der Schule den Wohnort von Bewerbern. Sie achte aber auch darauf, die Belastung der Lehrkräfte gleichmäßig zu verteilen. Zum Instrument der Nichtschülerprüfung stellt Frau Behler fest, es sei für solche Personen gedacht, die keine schulischen Bildungsgänge besuchen könnten oder wollten, über diese Prüfung aber die Möglichkeit haben sollten, schulische und berufliche Abschlüsse zu erwerben (Drs. 12/720).

### Schornsteinfeger-Lehrlinge aus Düren lernen in Gelsenkirchen

Die Notwendigkeit zur Bildung regierungsbezirksübergreifender Fachklassen ergebe sich aus dem Erfordernis, daß in einem anerkannten Ausbildungsberuf nur nach der Ausbildungsordnung ausgebildet werden könne. Dies könne bei Ausbildungsberufen



Ein Parlamentarischer Abend des Sports hat im Januar in Bonn stattgefunden. Es trafen sich Mitglieder des Sportausschusses des nordrhein-westfälischen Landtags mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundestag, mit Vertretern des Landessportbundes Nordrhein-Westfalen und dem Deutschen Sportbund zum Gespräch. Das Bild zeigt von links nach rechts: Engelbert Nelle (Vorsitzender des Sportausschusses im Bundestag), Manfred von Richthofen (Präsident des Deutschen Sportbunds), Richard Winkels (Präsident des Landessportbundes Nordrhein-Westfalen) und Uwe Herder (SPD), Vorsitzender des Sportausschusses im Landtag.

### Mongolen im Landtag

Zwei Angestellte des Sekretariats des mongolischen Parlaments, D. Chimed-Yunden und J. Nergui, haben sich im nordrhein-westfälischen Landtag über deutschen Parlamentarismus informiert. Sie erhielten in alle Abteilungen der Landtagsverwaltung Einblick. Darüber hinaus besuchten die beiden Mongolen u. a. das Düsseldorfer Studio des Westdeutschen Rundfunks sowie die Redaktion der Rheinischen Post in der Landeshauptstadt.

mit geringerer Zahl Auszubildenden dazu führen, daß eine ortsnahe Unterrichtsorganisation nicht zu realisieren sei. Das erklärt Schulministerin Gabriele Behler (SPD) auf die Kleine Anfrage von Rolf Seel (CDU) zu „Berufsschultourismus für Schornsteinfegerlehrlinge?“ Seel hatte darauf hingewiesen, daß Berufsschüler im Lehrberuf Schornsteinfeger aus dem Raum Düren ihren Berufsschul-Blockunterricht in Gelsenkirchen ableisteten (Drs. 12/609).

### Klausur begann mit „langem Marsch“ durch den Schnee

Zu Expertengesprächen über den Stand der wintersportlichen Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen hielt sich jetzt der zuständige Arbeitskreis der SPD-Landtagsfraktion unter Vorsitz von Dr. Hans Kraft in Winterberg auf. Auf Einladung des Arbeitskreises nahm die Spitze des Ministeriums für Stadtentwicklung, Kultur und Sport an der Zusammenkunft teil. Es wurde jedoch nicht nur diskutiert und debattiert, sondern die Sportpolitiker nahmen den Titel ihres Arbeitskreises ernst. So begann der erste Tag der Klausur mit einem „langen Marsch“ durch den Schnee in Richtung auf den Kahlen Asten.

### Ministerin traf dreimal ins Schwarze

In großer Form präsentierte sich Ministerin Ilse Brusis in der Schießanlage der Biathleten. Auf eine Distanz von 50 m traf sie — ohne Training und Vorbereitung — mit insgesamt fünf Schüssen dreimal in das Schwarze. Das ist für eine Amateurin eine ganz hervorragende Leistung.

Dr. Kraft und Ministerialdirigent Dr. Eulerling bewiesen im Vierer-Bob, daß sie stahlharte Nerven haben. In dem auf Höchstgeschwindigkeiten ausgelegten Eiskanal der berühmten Winterberger Bob-Bahn fuhren sie mit ihrem siegreichen Bob in der Zeit von 61,44 Sekunden den anderen auf und davon. Äußerst beachtlich in diesem Zusammenhang war der Mut der persönlichen Referentin Dagmar Friedrich, die sich als einzige Frau in das Männerfeld mischte und ihren Bob auf den ehrenvollen zweiten Platz trieb.



Start im Vierer-Bob in Winterberg: Hinter dem Piloten, einem Profi, der SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Hans Kraft sowie auf Position vier Ministerialdirigent Dr. Johannes Eulerling.

## SPD-Fraktion

### Eine Flutwelle finanzpolitisch katastrophaler Gesetze aus Bonn

Vor einer länder- und gemeindefeindlichen Politik hat Fraktionsvorsitzender Klaus Matthiesen auf der dritten kommunalpolitischen Konferenz der SPD-Landtagsfraktion in Kamen die Bundesregierung gewarnt. Eine Flutwelle finanzpolitisch katastrophaler Gesetze aus Bonn lasse den Handlungsspielraum der Länder und Kommunen gegen Null tendieren. Den Schnellschuß des Bundes bezüglich eines abgesenkten Solidaritätszuschlages nannte Matthiesen „schlimmstes Raubrittertum zu Lasten der Länderkassen“.

Der Bund wisse genau, was er tue, betonte der SPD-Fraktionsvorsitzende vor 500 sozialdemokratischen Kommunalpolitikern aus ganz Nordrhein-Westfalen. Bei der Befristung der Arbeitslosenhilfe, zum Beispiel, gehe die Bundesregierung selbst davon aus, daß rund zwei Drittel der Einsparungen zu Lasten der Sozialhilfe und damit zu Lasten der Kommunen gehen. Existenzgründer sollen nach Bonner Plänen mit einer dreijährigen Befreiung von Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer rechnen können. Matthiesen: „Da darf die Frage erlaubt sein, wer die Last trägt?“

Von 1997 an wolle die Bonner Koalition auch die Gewerbekapital- und die Vermögensteuer abschaffen, die Gewerbeertragsteuer senken und den Solidaritätszuschlag abbauen. Für die Senkung des Solidaritätszuschlages sollten die Länder mit in die Pflicht genommen werden. Die Rede sei von drei Milliarden Mark im Jahr 1997, betonte der Fraktionschef. Hinzu kämen noch Einbußen von etwa acht Milliarden Mark für die Länder pro Jahr, wenn die Vermögensteuer tatsächlich abgeschafft werde. Matthiesen weiter: „Die beschlossenen Einsparungen von 2,1 Milliarden Mark beim Arbeitslosengeld und von 300 Millionen Mark bei der Arbeitslosenhilfe belasten unmittelbar die Kommunen als örtliche Träger der Sozialhilfe.“ Der Bonner Horrorkatalog zu Lasten der Länder und Kommunen sei unerträglich und völlig unakzeptabel.

„Unsere Forderung, daß Länder und Kommunen bei Fragen der Finanzverteilung künftig gleichberechtigt mitarbeiten müssen, ist wichtiger denn je“, erklärte Klaus Matthiesen in Kamen. In diesem Zusammenhang seien zwei Beschlüsse der SPD-Landtagsfraktion wichtige Signale für die Städte in Nordrhein-Westfalen. Beim ersten gehe es um die Möglichkeit, in einem weiteren Rahmen als bisher die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen zuzulassen. Für den Bereich Telekommunikation sei, in Abstimmung mit dem Innenminister, beschlossen worden, daß vorhandene Anlagen der Telekommunikationsnetze bereits jetzt von den Kommunen wirtschaftlich genutzt werden könnten.

Zweitens gehe es um die Ausgestaltung des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) hinsichtlich der Schlüsselzuweisungen und Zweckzuweisungen. Die SPD-Fraktion tue alles, um den Kommunen Erleichterung zu verschaffen. Das Land bleibe sich auch unter völlig veränderten Rahmenbedingungen seiner Verantwortung bewußt, sagte Matthiesen. Daber müsse aber eins klar sein und klar bleiben: „Was eine verfehlt Bonner Politik den Kommunen einbrockt, kann nicht vom Land nachträglich ausgeglichen werden.“ Jeder wisse, daß auch die finanzielle Lage des Landes prekär sei. Wenn überhaupt, könne das Land gegenüber den Kommunen nur bedingt abfedern, was an Unheil aus Bonn über sie komme.

## CDU-Fraktion

### Rote Laterne für Agrarstandort NRW

Der stellvertretende Vorsitzende und agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Eckhard Uhlenberg, hat der Landesregierung angesichts der jüngsten Zahlen im Agrarbericht vorgeworfen, den Agrarstandort Nordrhein-Westfalen aufs Spiel zu setzen. Bereits seit mehreren Jahren fielen die Gewinne der landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe in Nordrhein-Westfalen gegenüber den Betrieben in anderen Bundesländern zurück. Nordrhein-Westfalen sei im zurückliegenden Wirtschaftsjahr 1994/95 nunmehr das absolute Schlußlicht. Der Grund: Seit mehreren Jahren hintereinander wurden die Mittel für die Landwirtschaft gekürzt. Hinzu komme, daß die Landesregierung die aus Bonn innerhalb der Gemeinschaftsaufgaben zur Verfügung gestellten Bundesmittel – 131,3 Millionen für 1996 – durch falsche Prioritätensetzung nicht effektiv genug verwende. Daß Nordrhein-Westfalen trotz gleicher Rahmenbedingungen aus Bonn und Brüssel im Vergleich der Bundesländer jetzt endgültig die rote Laterne habe, ginge zwar noch zu Lasten der Politik von Ex-Minister Matthiesen (SPD), jedoch sei die neue Ministerin Höhn (GRÜNE) „drauf und dran, den Agrarstandort Nordrhein-Westfalen endgültig von der Einkommensentwicklung in den anderen Bundesländern abzuhängen“, so Uhlenberg. Ministerin Höhn habe damit, daß sie im Bundesrat die Erhöhung der Vorsteuerpauschale für die landwirtschaftlichen Betriebe abgelehnt habe, „einen weiteren Beweis dafür geliefert, daß ihre Reden in den Bauernversammlungen und ihr tatsächliches politisches Handeln zwei völlig verschiedene Paar Schuhe sind“, betonte der CDU-Agrarpolitiker. Weil sie die Erhöhung der landwirtschaftlichen Vorsteuerpauschale von neun auf 9,5 Prozent abgelehnt habe, habe sich die rot-grüne Landesregierung – wie zuvor bei der Düngeverordnung auch – erneut eindeutig gegen die heimische Landwirtschaft entschieden. Nordrhein-Westfalens Position im Bundesrat wurde, so Uhlenberg, nur von den SPD-geführten Bundesländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Brandenburg unterstützt. Frau Höhn erkläre permanent, sie wolle kleine und mittlere bäuerliche Betriebe stärken, weigere sich aber bisher beharrlich zu definieren, was sie unter bäuerlichen Klein- und Mittelbetrieben verstehe. „Für mich gehört zur Förderung von kleinen und mittleren bäuerlichen Betrieben auch die Anhebung der Vorsteuerpauschale, für die Ministerin aber offenbar nicht“, kritisierte Uhlenberg diese Vorgehensweise.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Multimedia: Hoffnung auf Arbeitsplätze für Frauen?

Am 26. Februar lud die GRÜNE Landtagsfraktion zu einer Diskussionsveranstaltung ein: „Wirtschaftsförderung mit und für Frauen.“ Anknüpfend an die Pionierinnetat einer Großen Anfrage aus der letzten Legislaturperiode entwickelten Fachfrauen Anforderungen an eine frauenfreundliche Wirtschaftspolitik.

Teilaspekte waren die angebliche Flut neuer Arbeitsplätze in der Medienbranche, auf die sich (unrealistische) Hoffnungen richten, sowie die Verquickung von Verkehrs- und Infrastrukturalpolitik mit Fraueninteressen, insbesondere im rheinischen Braunkohlenrevier. Eine Wirtschaftspolitik, die Großunternehmen liebdenert und ökologische Risiken ignoriert, verhindert auch eine Verbesserung der Erwerbssituation von Frauen – so das Fazit. Positiv formulierte es MdB Christa Nickels: „Wir entwickeln eine neue ökologische, frauenfördernde Wirtschaftspolitik, die langfristig mehr Arbeitsplätze, mehr soziale Gerechtigkeit und bessere Lebensbedingungen schafft.“

„Bei der Wirtschaftsförderungspolitik ging es bisher immer um den hart zupackenden Mann, den Stahlkocher, den Bauarbeiter“, sagte MdL Marianne Hürten in ihrem Statement. Die Hoffnungen für die Zukunft richteten sich fast ausschließlich auf junge Männer – sei es in der hochgejubelten Multimedia-Branche, sei es, wenn es um neue Arbeitsplätze für ehemalige Bergarbeiter geht. Auch der derzeitige Landeswirtschaftsminister Clement betreibe eine Wirtschaftspolitik, die die Fähigkeiten und Arbeitsplatzwünsche von Frauen weitgehend ignoriere.

Die anderen Referentinnen der Veranstaltung unterstützten überwiegend diese Wertung. Professorin Dr. Barbara Mettler v. Meibom nannte die nordrhein-westfälische Wirtschaftspolitik sehr technokratisch und stark standort-, kaum „gender“-orientiert. Auch IG-Medien-Vertreterin Margret Lünenborg bezweifelte, daß in der expandierenden Medienindustrie tatsächlich neue Arbeitsplätze entstanden. Der Saldo sei insgesamt negativ. Und: wo Arbeitsplätze wegrationalisiert würden, seien dies hauptsächlich Frauenarbeitsplätze. Neue Arbeitsplätze in der Medienbranche seien für Frauen schwerer zugänglich als für Männer, so auch die Vertreterin des Bertelsmann-Konzerns, Melanie Frowein. Annette Nold, Vertreterin der Frauen-Mailbox FemNet, wünschte sich eine rege Teilnahme von Frauen an der bunten, neuen Medienwelt. FemNet betreibt eine Mailbox ausschließlich für Frauen, „weil wir es satt waren, daß die dämlichen Kommentare von Männern unsere elektronischen Briefkästen verstopften.“

Als Resümee formulierte Marianne Hürten für die GRÜNE Fraktion: „Jede zweite Mark, die für Wirtschaftsförderung ausgegeben wird, muß Frauen zugute kommen. Fraueninitiativen wie FemNet, die Filmfrauen der ‚Feminale‘ oder Frauenradiovereine müssen außerdem gezielt gefördert werden, damit Frauen Multimedia wenigstens annähernd gleichberechtigt mitgestalten können. Ich sehe einige gute Möglichkeiten der grün-roten Koalition, hier Positives zu bewirken.“

## Personalien

**Klaus Triltsch**, Seniorchef des Triltsch Verlages in Düsseldorf, hat am 13. Februar seinen 65jährigen Geburtstag begangen. Klaus Triltsch ist mit seinem renommierten Verlag, in dem auch eine Reihe von Büchern zur Düsseldorfer Stadtgeschichte herausgegeben wurden, dem Landtag seit vielen Jahren auf besondere Weise verbunden. Im Triltsch Verlag wird die Parlamentszeitschrift „Landtag intern“ erstellt und gedruckt. Über die Landeshauptstadt hinaus ist das Familienunternehmen mit den „Düsseldorfer Heften“ bekannt geworden, in denen die Kulturszene der rheinischen Metropole aufmerksam und kritisch begleitet wird. Die Zeitschrift hat Jubiläum. Sie besteht 40 Jahre.

**Professor Dr. Hans Friedrich Lisken**, seit 15 Jahren Polizeipräsident in Düsseldorf, ist von **Innenminister Franz-Josef Kniola** (SPD) in den Ruhestand verabschiedet worden. Vor seiner Ernennung zum Polizeipräsidenten war Lisken u. a. Landgerichtsdirektor am Landgericht Mönchengladbach und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesverfassungsgericht. Die Humanistische Union hat ihm den Fritz-Bauer-Preis verliehen.

**Frank Günter Zehnder**, Kunsthistoriker, Oberkustos und Leiter der Mittelalter-Abteilung am Kölner Wallraf-Richartz-Museum, wird neuer Direktor des Rheinischen Landesmuseums in Bonn. Er ist Nachfolger von **Hartwig Lüdtke**, der im Juni 1995 die „Stiftung Post und Telekommunikation“ übernommen hat. Zehnder hatte u. a. 1993/94 in Köln die große Stefan Lochner-Ausstellung konzipiert.

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Peter Krug, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 14. März, um 9.15 Uhr im Raum E3 Z 04 des Landtagsgebäudes statt.

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03, 8 84 23 04 und 8 84 25 45, btx: \*56801#, FAX 8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ute Koczy (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Sabine Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche



Inge Lagemann (SPD)

*Als Studentin zählte sie zu den Weltverbesserern, sagt Inge Lagemann heute von sich selbst. Gerade dem „kleinen Mann“ wollte sie ein leichteres und besseres Leben ermöglichen. Ein Wunsch, der für die 52jährige SPD-Politikerin nach wie vor noch Vorrang hat und ihr ganzes Wirken prägt. Dieses Ziel war mit ein Grund dafür, daß die Lehrerin beschloß, die politische Laufbahn einzuschlagen. „Ich wurde seinerzeit zuerst in die klassische Frauenpolitik gedrängt“, erinnert sich Inge Lagemann, die in Schwerte geboren wurde und seit Juni 1965 Mitglied der SPD ist. Das Korsett gefiel ihr jedoch ganz und gar nicht. Sie wollte sich nicht in etwas hineinzwängen lassen. Denn sie verlangte mehr – auch an Mitspracherecht.*

*Deshalb ging sie 1975 in den Rat der Stadt Schwerte. Von 1975 bis 1995 war sie Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes im Rat. Und mit Leichtigkeit gewann sie ein ums andere Mal ihren Wahlkreis. Schon deswegen fiel ihr der Abschied auch im vergangenen Jahr doppelt schwer. Nur im Mai 1995 rief eine neue Aufgabe: Mit einem überragenden Ergebnis von 50,5 Prozent wurde sie bei den Landtagswahlen in das Düsseldorfer Parlament gewählt. Damit wagte sie einen weiteren Schritt ihrer Polit-Karriere, der ihr anfangs nicht ganz leicht fiel, wie die kämpferische Pädagogin zugibt. – Doch frei nach dem Motto „Frauen müssen nicht nur in der Politik den Mund aufmachen“ beweist sie auch hier erneut Durchsetzungsvermögen. Schon von der Diskussion, Mädchen und Jungen in bestimmten Fächern getrennt zu unterrichten, hält sie überhaupt nichts. „Sie müssen sich gegenseitig behaupten können und den Grundstock für ihre weitere Entwicklung legen“, weiß Inge Lagemann aus Erfahrung.*

*Im übrigen ist ihr der Weggang als Lehrerin aus der Hauptschule ebenso schwer gefallen wie die Tatsache, daß sie für den Landtag der Kommunalpolitik weitgehend den Rücken zudrehen mußte. Auf der anderen Seite sah sie ein, daß es keinen Sinn hatte, sich zu verzetteln und auf zu vielen Gebieten gleichzeitig aktiv zu sein. „Aber jetzt möchte ich erst recht etwas bewegen“, spricht sie sich selbst Mut zu. Dabei wurde ihr der Einstieg in den Landtag nicht leicht gemacht. „Als Neuling hat man es schwer. Das hat mich schon ein bißchen geärgert.“ Beispielsweise kam sie nicht unbedingt in die Ausschüsse, die sie sich gewünscht hatte. Dazu zählt natürlich vor allen Dingen der Schulausschuß. Statt dessen wurde sie bei der Neubesetzung mit Beginn der neuen Legislaturperiode Mitglied des Petitionsausschusses und des Ausschusses für Europa und Eine-Welt-Politik. „Natürlich sind das auch interessante Aufgabengebiete. Aber während ich in anderen Ausschüssen zweifellos von meiner Erfah-*

*rung profitiert hätte, muß ich mich in die neuen Themenbereiche erst noch hineinfinden und viel lesen.“*

*Zu letzterem hat sie kaum genügend Zeit. Denn nach wie vor ist Inge Lagemann doch noch sehr oft in ihrem Wahlkreis. „Ich möchte niemals ein abgehobener Politiker werden“, begründet sie ihren Wunsch nach Bürgernähe. Am wohlsten fühlt sie sich, wenn sie von den Menschen direkt angesprochen wird, die bei ihr Hilfe suchen. So kommen häufig ausländische Mitbürger oder arbeitslose Lehrer zu ihr, um sich in ihrer anscheinend ausweglosen Situation einen Rat zu holen.*

*Sehr am Herzen liegt Inge Lagemann auch die Förderung der Kultur. Nicht umsonst war sie in Schwerte stellvertretende Vorsitzende im Ausschuß für Kultur und Weiterbildung, Sprecherin der SPD-Fraktion. „Ich hoffe nicht, daß die Kultur, die immer schon stiefmütterlich behandelt wurde, zusehends stirbt. Deshalb muß man unbedingt Fördervereine oder Sponsoren finden, beispielsweise große Unternehmen“, wirbt sie für ihr Steckenpferd. Ganz besonders wichtig ist für sie, daß auch die Schulen hier entsprechend Mittel erhalten. „Sonst verarmen die Jugendlichen immer mehr, können sich bald überhaupt nicht mehr artikulieren.“ Kleintheater sollten ihrer Ansicht nach Eltern fördern, die es sich finanziell leisten können.*

*So macht Inge Lagemann denn auch keinen Hehl daraus, daß sie mit Leib und Seele Lehrerin war. Und das wissen auch die ehemaligen Schüler, die sie nach wie vor privat besuchen. Sie wissen ebenfalls, daß sie eine (für die Sache) streitbare Frau ist, die ihre Ansichten nach außen hin vertritt. Auch daß sie ehrgeizig ist, ist bei Kollegen kein Geheimnis. Ihr Wunsch im Landtag: „Ausschußvorsitzende, das würde ich schon gerne machen.“*

Andrea C. Stockhausen

*(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)*

## Zur Person

### Geburtstagsliste

Vom 6. bis 15. März 1996

- 6.3. **Renate Drewke** (SPD), 44 J.
- 9.3. **Erwin Siekmann** (SPD), 60 J.
- 10.3. **Fritz Kollorz** (CDU), 51 J.
- 14.3. **Manfred Böcker** (SPD), 56 J.
- 14.3. **Annegret Krauskopf** (SPD), 52 J.
- 15.3. **Bernhard Tenhumberg** (CDU), 40 J.

★

**Johannes Rau** (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, ist am 13. Februar Ehrenbürger der bayerischen Gemeinde Maroldweisach geworden. Rau habe während des Krieges im Zuge der Kinderlandverschickung zusammen mit seinem Bruder Hartmut mehrere Wochen in Maroldweisach verbracht, sagt ein Sprecher der 4000-Einwohner-Gemeinde in Unterfranken. Auch später habe Rau nie den Kontakt abreißen lassen. In dem Ort an der bayerischen Landesgrenze zu Thüringen stellt die SPD den Bürgermeister. Für Rau ist es die zweite Ehrenbürgerwürde, schon 1991 hat ihn seine Heimatstadt Wuppertal mit diesem Titel ausgezeichnet.

★

**Jürgen Thulke** (SPD), kommunalpolitischer Sprecher seiner Fraktion, wurde nach 24 Jahren Amtszeit erneut für zwei Jahre zum Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Essen-Frintrop gewählt.

★

### Landtagswahl 1995

Die Broschüre „Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 1995“ ergänzt das 1993 in der Schriftenreihe des Landesparlaments erschienene Buch „Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen von 1947 bis 1990“. Broschüre wie Buch sind über das Referat Öffentlichkeitsarbeit, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, zu beziehen.

★

**Hans Schwier** (SPD), langjähriger nordrhein-westfälischer Kultusminister, hat am 21. Februar seinen 70. Geburtstag begangen. Der gelernte Volksschullehrer und spätere Schulrat war fast zwölf Jahre lang für die Schulpolitik im bevölkerungsreichsten Bundesland zuständig. Schwier wurde 1970 erstmals in den Düsseldorfer Landtag gewählt. 1980 ernannte ihn Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) zum Wissenschaftsminister. Drei Jahre später übernahm Schwier das Kultusministerium, an dessen Spitze er bis zum Sommer vergangenen Jahres stand. Nach seinem lange angekündigten Ausscheiden aus der aktiven Politik hat der Vater von drei Kindern ehrenamtliche Aufgaben im Sport übernommen.

★

**Franz Müntefering** (SPD), ehemaliger Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen, wird am 11. Mai erneut für den Vorsitz des SPD-Bezirks Westliches Westfalen kandidieren. Dies kündigte Müntefering, der im Oktober 1995 zum neuen Bundesgeschäftsführer der SPD nach Bonn berufen worden war, in Kamen an.



## Nahverkehr soll attraktiver werden

Alle Berufstätigen, die täglich mit dem Zug ihren Arbeitsplatz anfahren müssen, setzen ihre Hoffnungen auf „Die neue Bahn im Nahverkehr“, wie das Unternehmen selbst sein Konzept umschreibt. Da heißt es, ein wesentlicher Kern der Bahnreform sei die strikte Trennung zwischen staatlicher Aufgabenerfüllung im Nahverkehr einerseits und dem unternehmerischen Handeln der Bahn im Fernverkehr andererseits. Dementsprechend sei auch vorgesehen, die Aufgaben- und Ausgabenverantwortung für den Personennahverkehr auf die Länder zu übertragen, die ihrerseits wieder die Aufgabe auf Gebietskörperschaften delegierten. Die müßten dann die notwendigen Verkehrsleistungen direkt bei der Bahn oder Dritten bestellen und damit ein auf die Bedürfnisse der Region zugeschnittenes Nahverkehrsverbot ermöglichen. In einer Information der Deutschen Bahn, die unter der Ziffer 12/131 im Landtag vorliegt, heißt es weiter, die marktgegebenen Grenzen der Preisbelastung des Kunden im Nahverkehr könnten die anfallenden Kosten nicht decken. Deshalb übernehme der Bund bis zur Überleitung der Aufgaben- und Ausgabenverantwortung weiterhin die aus der Gemeinwohlpflichtung des Staates resultierende Defizite. Er zahle für den Nahverkehr die vorgesehenen Ausgleichszahlungen in Höhe von 7,7 Milliarden Mark weiter. Dafür garantiere die Deutsche Bahn AG den heutigen Umfang an Nahverkehrsleistungen „in Quantität und Qualität“. 1996, also in diesem Jahr, gehe dann die Verantwortung auf Länder und Gebietskörperschaften über. Als Ausgleich zahle der Bund zunächst den Ländern fast neun Milliarden Mark. Ob diese Bundesleistungen ausreichend seien, werde in zwei Schritten 1997 und 2000 geprüft. Was sich die Kunden vor allem wünschen, sind größere Platzangebote. Die neuen Doppelstockzüge sorgen zu Stoßzeiten zwischen Bielefeld und Aachen nur in Maßen für Entlastung. Doch die Kundschaft darf hoffen. Nach eigenen Angaben will die Bahn ihren umsatzstärksten Geschäftsbereich „durch Modernisierung und attraktivere Angebote“ sichern und ausbauen. Das Bild wurde zur Rush-hour an einem der S-Bahnsteige im Düsseldorfer Hauptbahnhof aufgenommen.

Foto: mihca

**Erwin Siekmann** (SPD), Landtagsabgeordneter, begeht am 9. März seinen 60. Geburtstag. Der stellvertretende Geschäftsführer der Betriebskrankenkasse Hoesch Dortmund gehört seit 1972 der SPD und seit dem 1. Juni 1995 dem Landtag an. Von 1979 bis 1995 war er Mitglied im Rat der Stadt Dortmund, wo er das Amt

des finanzpolitischen Sprechers seiner Fraktion innehatte und zeitweise als Vorsitzender verschiedener Ausschüsse tätig war. Der verheiratete Politiker, Vater zweier Kinder, hat den Wahlkreis Dortmund V bei der letzten Landtagswahl direkt geholt. Im Landtag ist er Mitglied im Ausschuß für Kommunalpolitik.